

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebenzeilige Kolonne jeite resp. deren Raum 1,- Mark.
Bei 6maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse: **Mitlerband Bodum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Offen.**
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bodum, Wemelshausstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platze, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zum Bergarbeiterkongress.

Wenn nicht alle zum Kongresse kommen,
Die geladen zu der Knappschafft Frommen,
Brüderlich mit uns jetzt im Verein,
Wenn sie, trotz dem wilden „Radbodschrecken“;
Hinter feiger Ausflucht sich verstecken,
Schlechter wird die Tagung drum nicht sein. —

Schlechter nicht — nur soll der Bergmann wissen,
Wer das Band der Einigkeit zerrissen
Und zum Kampfe schwächet ihm die Kraft. —
Sind sie's doch, die wieder abseits stehen,
Wo die andern treulich mit uns gehen,
Schönöd' gefesselt von der Selbstsucht Haft. —

Nun, wo Einigkeit so sehr vonnöten,
Wollen wir dem wilden Bergmannstötten
Halt gebieten in dem Kohlenschacht. —
Bleiben ruhig sie zu Hause hocken,
Zu der Gegner hämischdem Frohlocken,
Und verringern so die eigene Macht. —

Doch genug — gilt es doch wertzumachen,
Was der Gegner lobt mit schlaudem Lachen,
Und zu kämpfen für das Bergmannsrecht. —
Daß die Wetter unten nicht mehr knallen,
Daß die schwarzen Listen oben fallen,
Und geändert wird was schlimm und schlecht.

Auf denn, Brüder, nach Berlin zur Tagung!
Wo bis jetzt man immer nur Verfassung
Unsrem Wünschen bot mit bit'rem Bohn. —
Preußens Landtag soll es wieder wissen,
Daß wir ungebeugt die Flagge hissen,
Ob auch schlimmer noch die Stürme droh'n. —

F. R.

Willkommen in Berlin!

In allen deutschen Bergrevieren rufen sich die Delegierten der Bergarbeiter zur Reise nach Berlin, der Stadt der Kongresse. Drei Bergarbeiterorganisationen haben sich zusammengesetzt, um angesichts der schlimmen Zustände im deutschen Bergbau, wie angesichts der rigorosen Behandlung der Bergarbeiter auf den Gruben, lauten Protest dagegen zu erheben. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, als die vierte zunächst noch in Frage kommende Organisation der Bergarbeiter, hat sich geweigert, den Kongress zu beschicken. Die Gründe, die der Gewerksverein hierfür ins Feld führt, sind so unverständlich und nichtige, daß ohne weiteres die wirklichen Ursachen des Fernbleibens vom Kongress anzugeben, wo anders zu suchen haben, als wie vom Gewerksverein bisher angegeben. Auch der Einwand, daß man sich auf den Vorbeeren einer früher veranfaßten Petition auszuweichen oder abwarten müsse, welchen Eindruck diese Petition auf die kommende Gesetzgebung machen werde, kann nicht ernst genommen werden. Für uns zunächst noch unsichtbare Klassenfeinde haben im Verein mit christlichen Gewerksvereinsführern den Gewerksverein zum Bruch der Solidarität getrieben. Was um schlimmer ist, weil in dieser so ersten Situation, wie sie durch die Adhokatastrophe geschaffen wurde, die Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen alles tun mußten, um der Welt zu zeigen, daß in der Frage des Lebensschicksals der Bergarbeiter, der Frage eines Reichsberggesetzes, der der Schwarzen Listen zc., alle organisierten Bergarbeiter sich einig sind — einzig im Ziel und einzig in den Mitteln, die uns der Erfüllung der Bergarbeiterforderungen näher bringen. Nun, es muß und es wird ohne den Gewerksverein gehen. Diejenigen, die aus irgend einer Verärgerung oder Bosheit heraus die christlichen Bergarbeiter von der Bahn der Solidarität wieder einmal abdrängen, können wir nicht den späteren Geschichtsschreibern zur Beurteilung überlassen. Sicherlich, es wird die Zeit kommen, wo man den Veranfaßten in des Kongresses hoch Dank zollen wird, daß sie den Gesetzen der Eigenbrötelei und des Anathemas nicht folgten, daß sie hingehen über alle Kleinigkeiten hinaus ein großes Ziel im Auge behielten, einen gründlichen wie nützlichen Bergarbeiterkongress mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu ermöglichen.

Es ist nicht das erste Mal, daß Vertreter der Bergarbeiter sich innerhalb der Mauern der Reichshauptstadt zu ernstlichen Tagungen zusammenfinden. Der erste Kongress der Bergarbeiter, der hier tagte, war ein internationaler, und der fünfte seinesgleichen. Was diesen Kongress in unserem Andenken ganz besonders hoch, ist die Saat, die im Anlaß dieser Tagung im Ruhrboden ausgestreut wurde und deren Früchte wir wieder in der Sonderstellung einer Bergarbeiterorganisation eben des genannten Gewerksvereins — ernten! Der internationale Bergarbeiterkongress in Berlin im Jahre 1894 wurde zum äußeren Anlaß genommen, eine neue Bergarbeitervereinigung zu gründen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Zersplitterung der deutschen Bergarbeiter herbeizuführen. Damals wurde dem Bergarbeiterverband der längst von Nichtbergleuten und Demagogen gebachte Gegenverband entgegengestellt. Die internationalen Kongresse und ihre Beschlüsse, wie die Aufzierung der deutschen Bergarbeiter durch diese Beschlüsse waren gewissen Leuten ein Dorn im Auge. Sie fürchteten einen Abfall ihrer bisherigen Geselligkeit unter den Bergleuten, fürchteten ferner die Idee, daß die Bergarbeiter ihre Kräfte auch in

wirtschaftlichen Kämpfen zu erproben haben, um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Strebten die Bergarbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete klaren Zielen entgegen, wie leicht konnte man dazu übergehen, auf sozialen und politischen Gebieten ebenfalls die Forderungen zu formulieren. Dem suchte man entgegenzusteuern. Nicht dadurch, daß man in die damals schon bestehende Organisation der Bergarbeiter, den heutigen Bergarbeiterverband, einzubringen versuchte, um den aufstrebenden und wie man zu sagen pflegt sozialistischen Geist zu bannen, nein, man suchte die Bergarbeiter von einander zu trennen, sie in Organisationen von einander zu isolieren. Diejenigen, die heute in Wort und Schrift den Glauben zu erwecken suchen, daß es keine andere Möglichkeit gab, sich vor dem „Terrorismus sozialistisch organisierter Bergarbeiter und deren Führer“ zu bewahren, begehen eine ganz plumpe Geschichtsfälschung. Die christliche sowie die nationale Gesinnung, wenn wir diese Worte einmal gebrauchen wollen, überwiegen in der Ruhrbergarbeiterschaft bei weitem die sozialistische Richtung, die im Ruhrboden vorhanden war. Ein leichtes also, sich die Führung anzueignen, um so eine Organisation von „sozialistischen Fühlern“ freizuhalten oder zum mindesten diese nicht aufkommen und übermächtig werden zu lassen. Aber die Herrschenden fürchteten gerade diesen Sozialismus, der um so stärker sich ausbreiten mußte, je mehr Massen zum verketen Handeln im Kampf um ihr Recht sich zusammen fanden. Brüderlicher Sinn und Solidarität in den Kämpfen war aber von jeher ein Braut in den Augen der offenen wie verkappten Arbeiterfeinde!

Ein Nichtkampfberein sollte entstehen, eine Vereinigung der Bergarbeiter, die sich „christliche“ und „nationale“ Grundzüge gab, die die Lage der Bergarbeiter durch gütliches Verhandeln mit den Unternehmern, durch Witten und Petitionen verbessern sollte! Frei von politisch anreiziger d. h. von sozialistischer Kampfesgehung sollte eine Organisation entstehen und wenn das Wort Kampf in die Tat umgesetzt werden sollte, dann nicht gegen die Verräter und Ausbeuter, sondern gegen die eigenen Arbeitsbrüder! Zersplitterung der Bergarbeiter, damit der Weigen der Demagogen Blüte, damit gewissen Leuten die Gefolgschaft der Bergarbeiter nicht verloren ginge. Das waren die wirklichen Ursachen für die Gründung des Gewerksvereins der christlichen Bergarbeiter, der im Jahre 1904 dann auch ins Leben gerufen wurde. Der Berliner Kongress in diesem Jahre war also für die Bergarbeiterschaft ein Unglücksjahr!

Der Gewerksverein war gegründet, der Bruderkampf begann, der dann auch mit kurzen Unterbrechungen in voller Schärfe vom Gewerksverein gegen den Bergarbeiterverband geführt wurde. Weit mehr als die Hälfte der Zeit und Arbeit hat der Gewerksverein dem Vernichtungskampf gegen uns bis heute gewidmet. Sollte er doch uns nicht nur bekämpfen, nein wir sollten auch ausgerottet, vernichtet werden. Das ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil, der Gewerksverein wurde in Bahnen gedrängt, von denen seine Gründer und Gönner nichts wissen wollten. Er sich der Gewerksverein verfaß, nach wenigen Jahren schon wurde er in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt, genau so, wie es dem Bergarbeiterverbande erging. Und der Gewerksverein mußte, wollte er überhaupt an Boden gewinnen, sich die Forderungen zu eigen machen, die lange vor ihm der Verband als das Programm der Bergarbeiterbewegung aufgestellt hatte. Und wenn der Haß noch so oft aufgefrischt wurde, es kam schließlich so weit, daß der christliche Gewerksverein sogar mit dem Bergarbeiterverbande und den übrigen Bergarbeiterverbänden Hand in Hand arbeiten mußte.

Das wurde dem Gewerksverein eingepreßt durch den Hochmut der Grubenkönige des Ruhrbeckens, die den Gewerksverein genau so wie die übrigen Verbände behandelten. Wir weisen nur auf den Riesenkampf im Ruhrbecken hin. Wie, wenn damals die christlichen Gewerkschaftsführer die Reden gehalten hätten, die sie heute in den christlichen Versammlungen gegen den Kongress in Berlin zum besten geben. O weh, wir wollen nicht daran denken! Der Streik führte 1905 dann zum gemeinschaftlichen Kongress aller Bergarbeiterverbände im Hause der Gewerkschaften am Engelufer in Berlin! Das war das zweite Mal, daß Berlin eine Bergarbeitertagung in seinen Mauern sah. Diese Tagung schon zeigte, daß in allgemeinen Bergarbeiterfragen die Verbände sich wohl zusammenfinden können, wenn sie wollen und wenn sie Sonderinteressen zurückstellen hinter die Interessen der gesamten Bergarbeiter!

Kurz nach diesem gemeinschaftlichen Kongress traten zum dritten Mal Vertreter der Bergarbeiter in Berlin zusammen — zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Für den Verband bedeutete diese Generalversammlung mehr als die vorhergegangenen. Der Verband schaffte sich hier die finanzielle Grundlage, die ihn mit einem Schlage in die ersten Reihen der deutschen Gewerkschaften stellte. Von Berlin aus, vom Jahre 1906 ab, können wir die Zeit datieren, wo es dem Bergarbeiterverband gelang, sich eine Grundlage zu schaffen, die ihn nicht nur zu einer leistungsfähigen, sondern auch zu einer Gewerkschaft machte, die zukunftsreich dem Ziele entgegensteuern kann. Wir sehen, an den Namen Berlin knüpfen sich manche bedeutsame Begebenheiten für die deutsche Bergarbeiterbewegung, die sich um so bedeutender erheben, je mehr wir uns in Einzelheiten und Erinnerungen einlassen.

Berlin wird in den nächsten Tagen Bergarbeitervertreter aus allen Bergrevieren Deutschlands zum vierten Male in emfiger Beratung zusammensetzen. Zu den alten Aufgaben sind neue getreten. An Arbeit wird es den Delegierten also nicht mangeln. Es ist müßig, sie an dieser Stelle besonders hervorzuheben. Was getan werden soll, gilt für die Bergarbeiter, ihre Frauen und Kinder. Und wenn uns der Kongress auch nur ein Stückchen Weg zu unserm Ziele, die Bergarbeiterlage zu einer erträglichen und glücklichen zu gestalten, vorwärts bringt, dann ist der Kongress nicht umsonst gewesen. Ohne Erfolg wird der Kongress nicht sein. Man mag es ihm wünschen, aber der Kongress wird diese Hoffnungen seiner Gegner zu Schanden machen. Das ist unsere feste Überzeugung. Und darum rufen wir den Teilnehmern von Fern und Nah zu: Ein fröhliches Willkommen in Berlin!

Blutopfer im Bergbau.

**25 651 Bergarbeiterleben in 23 Jahren!
1809 Tote im Bergbau in einem Jahre!!**

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Knappschafftsberufsgenossenschaften beträgt die Zahl der überhaupt zur Anmeldung gekommenen Unfälle im Bergbau im Jahre 1908 108 582 gegen 92 455 Unfälle im Jahre 1907. 1809 verunglückten tödlich; 1907 waren es 1743. 54 verunglückte Bergarbeiter mußten 1908 für dauernd und völlig erwerbsunfähig erklärt werden, sind also so verkrüppelt, daß ihnen die Volkrente für zeitlebens zugesprochen werden mußte; teilweise, aber dauernd zum Krüppel verunglückten 8847 und schließlich noch 6142 Personen, für die zwar Entschädigung gezahlt werden muß, aber wo man noch Hoffnung hat, daß nach Monaten oder Jahren die Erwerbsfähigkeit wiederkehrt. Für die übrigen Verletzten brauchten Rentenentschädigungen nicht angelegt werden. Der siebente — achte Teil aller Bergarbeiter in Deutschland wurden in einem einzigen Jahre verletzt.

Auf die einzelnen Sektoren verteilt verunglückten tödlich: Bonn: 250; Bodum: 1002; Clausthal a. S.: 41; Halle a. S.: 187; Waldenburg in Schlesien: 47; Tarnowitz O.-Schl.: 270; Zwickau in Sachsen: 42 und Wilmshagen: 20.

Würde die Zahl der Verletzten im Bergbau bekannt sein, für das Jahr 1908, dann ließen sich nähere prozentuale Vergleiche auf die früheren Jahre zurück sowie für die einzelnen Reviere ziehen. Es dürften im Jahre 1908 durchschnittlich etwas über 700 000 Bergarbeiter im deutschen Bergbau beschäftigt gewesen sein, gegenüber 782 584 Bergarbeiter im Jahre 1907. Die Steigerung der Unfälle betrug im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre 11 127 = 12,0 Proz. Demnach steht jetzt schon fest, daß die Steigerung der Unfallziffer größer ist, als die Steigerung der Knappschafftsziffer. Das Blutmeer steigt höher und höher! Wohl fällt das Radbodungsglück mit in das Verdictsjahr hinein. Aber wir sind's ja gewohnt. Ist nicht Radbod, dann ist es irgend eine andere Unglücksbegebe, die massenhaft Opfer erfordert. Einzelunfälle und Massenunglücke wechselten sich ab und ab das Jahr 1908 seinen Lauf, beendet hatte, zählte man 1889 Bergarbeiterleben. Ist das nicht schrecklich?

In den gesamten deutschen Berufsgenossenschaften sind ungefähre 20 000 000 Personen versichert, im Bergbau nicht einmal 800 000. $\frac{1}{20}$ bis $\frac{1}{10}$ der Versicherten sind Bergarbeiter, aber rund $\frac{1}{2}$ aller Unfälle im Bereich der deutschen Unfallversicherung entfallen auf den Bergbau, ebenso $\frac{1}{2}$ aller Toden. Kann es eine schlimmere Verwüstung von Menschenleben und Menschengesundheit geben, als im deutschen Bergbau? Welch ungeheurer Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft und welche Zerstörung von Wirtschaftskräften und Arbeitswerten! Ach, wenn die Bergarbeiter streiken, wie wird ihnen da von den Werkagenten nachgerechnet, welchen Schaden sie den Wirtschaftskräften zugefügt haben, wieviel Arbeitstage der deutschen Industrie wieder einmal verloren gegangen sind usw. Wo aber bleiben diese Werte- und Prejaganten, wenn es sich darum handelt, einmal nachzurechnen, wieviel Arbeitstage der deutschen Industrie verloren gehen, weil die Menschenverwüstung hier und im Bergbau im Großen betrieben wird.

Es fehlt an vernünftigen Arbeitsmethoden im Bergbau, dafür aber hat eine Abhebung der menschlichen Arbeitskräfte hier eingesetzt, die ohne weiteres zu der schrecklichen Höhe der vorgenannten Unfallzahlen führen muß. Es fehlt vielfach auch an den einfachsten, aber nötigen Arbeitsschutzvorrichtungen, wie an dem Emphysem, auch in dem armen Kohlenarbeiter den Menschen zu sehen. Und die Folgen sind Unfälle auf Unfälle, Krankheiten auf Krankheiten, allzujähriges Siechtum; dann Hunger, Elend, Schmerz und Tränen. Millionen von Arbeitstagen gehen der Industrie verloren durch die Aufreibung der Arbeitskräfte. Aber wo sind die Preis- und Werksagenten, die diese Tage zählten, zur Betrachtung unserer Kulturzustände.

O doch, es finden sich Leute, die da die Welt mit dem „stößtenden“ Einwurf beglücken, daß alle diese Opfer schließlich doch durch den Fortschritt aufgewogen werden, den die Industrie genommen. Und es gibt auch Leute, die da sagen: „Man baut doch nicht allein Gruben ab, um Menschenleben zu schlingen, man will doch sozusagen auch Kohlen fördern.“ Ja, so haben Werksrepräsentanten öffentlich erklärt. Was Wunder, wenn ein tausend armer Menschen nach dem andern die Glieder strecken müssen.

Wenn in den nächsten Tagen der Kongress der Bergarbeiter in Berlin zusammentritt, dann kann auf ihm konstatiert werden, daß seit Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes, von wann aus die Zählung der jährlich Verletzten einheitlich für ganz Deutschland durch die Berufsgenossenschaft begann, 1220 551 Bergarbeiter in Deutschland leicht, schwer oder tödlich verunglückten. Ueber Einviertel und 200 000 erkrankten hiervon ihr Leben aus. Sucht Schlachtfelder auf und ihr findet die gleichen und ähnlichen Schrecken, wie sie die Folge für die Bergarbeiter brachten. Wir aber leben nicht im Kriege, wir leben mitten im Frieden! Trotzdem das gaufige aller Kultur Hohn sprechende Bild. Da gegen sich auszubäumen, wird auch Sache des Kongresses sein. Die blutigen Zahlen sind der beste Beleg dafür, wie es Pflicht aller rechtlich denkenden Bergarbeiter ist, jedes und alle Mittel anzuwenden, um dem blutigen Strom im Bergbau Einhalt zu gebieten. Mehr noch ist es die Pflicht der Bergarbeiterorganisationen, hier alle ihre Kräfte zusammenzufassen um so den Bergarbeitern, ihren Frauen und Kindern zur Hilfe zu kommen. Menschen- und Christenpflicht ist es, daß man die Hände nicht in den Schoß legt, keinen Tag, wo es sich um Bergarbeiterleben handelt. Und doch, Kameraden, schaut hin auf die Agitatoren des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter wie sie von Ort zu Ort ziehen und unter Beschimpfungen der Verbände, die den Kongress einberiefen, uns beweisen wollen, daß der Kongress nicht notwendig ist. Trotz Radbod, trotz der 1889 Bergarbeiterleben in einem einzigen Jahre. Best und hört Kameraden die Einwendungen dieser Agitatoren gegen die Abhaltung des Kongresses. Wie kindisch und wie kleinlich alles das ist, was sie gegen ein gemeinsames Vorgehen zum Schutze aller Bergarbeiter vorzubringen haben. Und diese Leute nennen sich christlich, fühlen sich

Während dieser aber sein Leben hingab, um das große Werk der Menschlichkeit und der Wahrheit aufzubauen, ziehen die W. Gladbacher Abkömmlinge von Ort zu Ort, predigen den Götzen und erwidern den Fanatismus gegen diejenigen, die das "Verbrechen" begehen, sich in ernster und schwerer Zeit der Bergarbeiter anzunehmen. Die W. Gladbacher Christen haben sich darum auch das Lob verdient, daß ihnen jetzt von der Schatzkammerpresse so reichlich gesendet wird, weil sie gegen ihre Verleumdungen im Bergbau wüsten. Nun, wir werden dafür sorgen, daß ihnen dieser Verrat an der Bergarbeiterfrage nicht so leicht vergessen wird.

Zur Lage der Braunkohlenbergarbeiter im Zeit-Weißfels-Meuschwiler Revier.

Der Streik der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter im genannten Revier im Jahre 1908 brachte für die an der Förderung beteiligten Bergarbeiter den Neunstundentag. Während man vordem die Bergarbeiter nach 8 und 7 Uhr abends von den Gruben heimkehren sehen konnte, beleben sich jetzt die Grubenwege schon in den Nachmittagsstunden. Und man kann gewiß sagen, die Grubenbesitzer haben keine Einbuße durch die Arbeitszeitregelung erlitten, was die gestiegene Förderleistung in den genannten Bezirken zeigt. Freilich jetzt, nachdem die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie von der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse seit Monaten schon stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, lassen sich weniger einmündige Rückschlüsse gegenüber früheren Jahren ziehen. Dennoch bleibt bestehen, daß die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingebüßt hat, während die Bergarbeiter durch die längere Erholungsfrist nur gewonnen haben dürften.

Doch nicht auf allen Gruben ist der Neunstundentag eingeführt. Es gab Belegschaften, die im Jahre 1908 taten, als ginge sie der Kampf ihrer Kameraden nichts an. Sie arbeiteten weiter, oder es trat nur ein sehr geringer Teil der Belegschaft in den Streik ein. Auf diesen Werken — es sind zum Glück nur vereinzelte — arbeitet die Belegschaft auch heute zehn Stunden und mehr die Schicht. Und es fällt den Werksbesitzern hier nicht ein, eine Änderung herbeizuführen, obwohl sie sich von selbst sagen mußten, daß sie schon mit Rücksicht auf die mit ihnen verbündeten Unternehmer gleichfalls zur Einführung gleicher Arbeitszeit sich zu bequemen hätten. Vielleicht richten sich diese Werksbesitzer nach ihren Arbeitern, die wie sie selbst ihren Mitkollegen gegenüber keine Solidarität üben. Wir sehen nicht an zu erklären, daß wir diesen Zustand bedauern. Für die Arbeiter sollte der Streik 1908 die glänzendste Verteidigung für die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen sein. Wo es an Organisationen mangelt, da gehen die Arbeiter eben mit leeren Händen aus. Das zeigt der Widerstand, den Neunstundentag auch dort einführen, wo sich die Belegschaften wenig oder garnicht an dem Streik beteiligten, wie auf Naumburg, Karl Gustav, Anna Antonie, Vereinsglück und Schädgrube. Besonders unsere Kameraden auf Grube Naumburg bei Deuben sollten ihr Gedächtnis stärken. Was hat ihnen ihre Sonderstellung beim Streik genutzt? Wenn hohe Beamte damals auch bittere Tränen vergossen über die Sinnlosigkeit eines Teils der Belegschaft, so hätten sie die Herren nur weinen lassen sollen. Das wären Tränen, wie sie unter Umständen Geschäftsjuden vergießen, falls es zum Geschäft beiträgt. Ueber die überflüssigen Morgengebete hinaus sollte die Belegschaft eine der wackersten Anforderungen an das Leben nicht vergessen: Gebt uns Verkürzung der Arbeitszeit! Man kann auch mit Gebeten seine Zwecke verfolgen und das geschieht auf der frommen Grube Naumburg übergenug. Werden die Bergarbeiter klug werden, werden sie beherzigen lernen, daß das wahre Christentum auch in einer gerechten und gleichen Behandlung aller Arbeiter beruht? Wir hoffen es.

Ein Fortschritt ist, daß seit dem Streik die Verhältnisse und die Arbeiterbehandlung auf den meisten Gruben sich gebessert haben. Uns liegen fast von allen Gruben beantwortete Fragebogen aus jüngster Zeit vor und wieder sind es fast dieselben Werke, die sich nicht am Streik beteiligt haben, wo über die Behandlung der Arbeiter sehr geklagt wird. Von Naumburg heißt es: "Es bleibt in der Behandlung viel zu wünschen übrig." "Minimal" heißt es von Vereinsglück I: von Hemmingschacht gleicher Gewerkschaft heißt es, daß der Obersteiger N. die Arbeiter mitunter schlecht behandle. Damit ist nicht gesagt, daß auf solchen Werken, wo auch der Streik war, es besser sieht. Aber wir treffen doch eine große Anzahl Antworten auf den Fragebogen an, wo es heißt: Seit dem letzten Streik ist die Behandlung eine bessere geworden und von vielen Werken wird die Arbeiterbehandlung als gut und ausgezeichnet hingestellt. Im Haller Revier, soweit es sich gleichfalls von der Ausstandsbewegung fernhielt, wird am schlimmsten über schlechte Behandlung geklagt.

So berichten die Arbeiter vom Alwiner Verein-Durldorf, daß die Behandlung sehr zu wünschen übrig lasse. Poladen, Pack, Kaufpack usw. sind Bezeichnungen, wie sie hier den Arbeitern noch geboten werden. Gestraft wird sehr viel. Wer sich weigert, Ueberstunden zu verfahren, wird mit Strafe oder Entlassung bedroht usw. Auf dem Nieserschacht wird viel über den Steiger Bechtel geklagt. Von Eisabeth bei Micheln wird berichtet, daß die Behandlung himmelschreiend sei. Auf Frohe Zukunft ist es nicht besser. So geht es weiter mit den Klagen in diesem Bezirk. Aber, wie gesagt, es gibt auch genug Gruben noch in dem sogenannten Streikgebiet, wo sich Beamte einer besseren Behandlung des Arbeiters besitzigen können. Viel klagen die Arbeiter auf Siegfried bei Trebnitz über den Steiger Reimann. Der Mann hat früher viel mit Kroaten zu tun gehabt, und diesen eine Behandlung zuteil werden lassen, wie man sie von einem Beamten nicht voraussetzen sollte. Aber mit den einheimischen Arbeitern auf Siegfried geht er schließlich nicht besser um. Die Grubenverwaltung sollte sich diesen Beamten einmal gründlich vorbinden. Die Arbeiter sind es fast, sich wie die Kroaten von diesem Manne behandeln zu lassen. Es ist doch schließlich auch nur einer, der zu gehorchen hat und sollte sich darum an seinen vernünftig denkenden Kollegen ein Beispiel nehmen. Als sehr schlecht wird auch die Behandlung auf Grube Voß in Werchen bezeichnet. Besser kann sie werden auf den Gruben Großsich, Paul (hier durch den Obersteiger), Hedwig, Agnes, Nr. 113 Weiser Braunkohlenwerke) Gottlieb, Verberdt II, Jakobgrube und Neugruben. Mit Verdrigung lesen wir, was uns Arbeiter berichten, daß die Behandlung eine humane ist, wie auf diesen Werken. Warum nicht überall?

Eine Forderung der Streitenden war die Abschaffung der getrennten Gedinge. Leider haben sie viele Gruben behelhalten, andere haben sie abgeschafft. Unvernunft der Werksverwaltungen, aber auch noch Unvernunft unter der Arbeiterchaft haben es noch nicht so weit kommen lassen, daß diese häßliche Erscheinung im Bergwesen ganz verschwinden ist. Hier wird die Organisation noch täglich Erziehungarbeit leisten müssen. Ebenso sollten die Grubenbesitzer auch darauf achten, daß die sanitären Einrichtungen, die hier und da noch immer im Argen liegen, sich bessern. Räume, in denen sich Arbeiter aufhalten müssen, sehen oft genug wie die Schweinehülle aus. Daß es anders sein kann, beweisen die sanitären Verhältnisse auf anderen Werken, wo über Unreinlichkeit, schlechtstes Trinkwasser nicht geklagt wird, ebenso wenig über die Abortschüssel, Leuzstuben, Traghäfen, Wetterführung zc. Wir können hiermit im allgemeinen auch in sanitärer Beziehung einen Fortschritt konstatieren gegen frühere Jahre, aber es gibt noch sehr viel zu tun, ehe die Grubenverhältnisse so sind, wie es die Arbeiter wohl verlangen können.

Wo aber bleiben die Arbeiterausschüsse? So wird man fragen. Ja, diese sind vielfach, wie im Ruhrbezirk, während des Streiks gewählt worden, und zwar aus den Reihen der Streikbrecher und Beamten. Die Streitenden haben es schon während des Ausstandes abgelehnt, diese Leute als ihre Vertreter anzuerkennen, und so ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Die Arbeiter wählen lieber Kameraden zum Verhandeln mit den Grubenverwaltungen, die ihnen genehm sind. Die Belegschaften klammern sich um die Arbeitersausschüsse nicht, wo diese von den Werken sozusagen allein ins Leben gerufen wurden. Da aber, wo es sich um Ausschüsse handelt, die durch ihre Handlungswelt sich das Vertrauen der Belegschaft erworben haben, werden sie auch im Interesse der Belegschaft vorgeschickt. Die Werke dürften wohl einsehen, daß Arbeitersausschüsse nur arbeiten können, wo sie das Vertrauen der Belegschaft besitzen.

Wir haben anfänglich betont, daß die wirtschaftliche Krise auch die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie hart mitnimmt. Die Zahl der Arbeitslosen wächst in den genannten Revieren recht stark. Hinzukommt noch die Arbeitslosigkeit in den anderen Gewerben. Daß die Arbeiter unter dieser Krise am heftigsten leiden, ist klar. Veleichtichten treten auf den Gruben ein, Entlassungen werden vorgenommen und die Löhne sinken. Pro Wagen gibt es heute 2-5 Pfg. weniger und es sind an diesen Lohnkürzungen nahezu alle Gruben beteiligt. Da von einer Kameradschaft von zwei und drei Mann unterirdisch bis 50 Wagen und mehr pro Schicht gefördert werden, ist die Lohnkürzung gegen früher nicht gering. In den Tagebauten kommt aber oft die doppelte Zahl der Wagen in Frage, jedoch die Lohnkürzung pro Kopf der Kameradschaft bis zu 50 Pfg. und mehr pro Schicht beträgt. Ebenso sind auch die Schichtlöhne gekürzt worden.

Hoffentlich ist die Unterstufe im Verdienst damit erreicht. Eine größere Herabminderung der Löhne bei den teureren Lebensmittelpreisen und hohen Mieten und Ausgaben dürfte die Bergarbeiter härter treffen, als wie es auszuhalten wäre. Die Werksbesitzer müssen die Kosten der Krisen nicht nur den Arbeitern in ihrer ganzen Wucht aufhalsen. Die Gruben sind in guten Zeiten Goldgruben für ihre Besitzer geworden, und darum sollten diese dafür sorgen, daß die Kosten der Krisen vornehmlich von den Werksbesitzern getragen werden. Sie können es besser anhalten, wie die Arbeiter, die in der flotten Geschäftszeit schließlich auch nur so viel verdienten, daß sie nur von der Hand in den Mund lebten.

Aus dem Wurm-Schweiler Revier.

Durch die Verschmelzung der Wurmvereinigungs-Gesellschaft mit dem Schweiler Bergwerksverein werden die Bergarbeiter im Nachener Bezirk immer mehr zu Sklaven herabgedrückt. Mit Ausnahme der Grube Nordstern gehören sämtliche Werke dem Schweiler Bergwerksverein an und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, daß auch Nordstern im Schweiler Bergwerksverein aufgeht. Auf den neun Schächten des Schweiler Bergwerksvereins ist heute schon ein Wechsel der Arbeit ausgeflossen. Auch bei den vielen Neuschachtanlagen ist der Schweiler Bergwerksverein stark beteiligt.

Die gesamte Belegschaft betrug im Jahre 1907 (von 1908 liegen noch keine Berichte vor) 10002 Mann. Die Förderung betrug 2227042 T. Der Wert der Gesamtförderung betrug 24714924 Mark. Auf den Kopf der Belegschaft entfällt demnach ein Förderungswert von 2471 Mark. Diese Zahlen verteilen sich auf die einzelnen Werke wie folgt:

Werte	Wert der Förderung in T.	Beschäftigte Arbeiter	Wert der Förderung pro Arbeiter
Anna	6 980 682	2 521	2 778 Mk.
Maria	4 902 545	2 008	2 305 "
Wocart	1 558 661	422	3 220 "
Lauerweg	1 580 014	623	2 457 "
Rämpchen	1 021 752	364	2 807 "
Goulen	2 886 186	998	2 892 "
Nordstern	3 188 120	1 448	2 258 "
Sch. Reserve	2 885 723	1 028	1 842 "
Summa:	24 714 924	10 002	2 471 Mk.

Der Schweiler Bergwerksverein beschäftigte 1907: 8554 Arbeiter und erzielte einen Ueberschuß von 7687453 Mk. Der Ueberschuß betrug demnach pro Arbeiter 898 Mark. Im letzten Geschäftsjahre waren die Ueberschüsse etwas geringer, sie betrugen aber immer noch 6999050 Mk. oder pro Arbeiter 720 Mark.

Die Arbeitslöhne sind im Nachener Revier seit 1907 bedeutend gefallen. Nach der amtlichen Statistik betragen dieselben:

Quartal	1907	1908
I.	4,61	4,55
II.	4,61	4,55

Bei einem Vergleich der Lohnzettel stellt sich heraus, daß die Löhne für den einzelnen Arbeiter oft recht stark gefallen sind. Zwei der besten Hauer der Grube Schweiler Reserve verdienen:

Jahr	Zahl der Schichten	Gesamterdienst in Mk.	Verdienst pro Schicht in Mk.	Verdienst pro Schicht weniger pro Jahr
1907	283 1/2	1408,59	4,85	25 1/2 Pfg. 77,10 Mk.
1908	165 1/2	758,65	4,59	
1907	221	1353,56	4,97	46
1908	220	994,82	4,51	139,80

Sowohl mit der Zahl der Kranken als auch der Unfälle dürfte das Nachener Revier mit an der Spitze marschieren. Die tödlichen Unfälle, ohne daß ein Massenunglück vorgekommen, stiegen von 10 im Jahre 1906 auf 16 im Jahre 1907. Die Unfälle betragen im Wurmrevier: 1905: 801, 1906: 840, 1907: 873. Die Belegschaftszahl auf den Steinkohlenwerken schwankte in diesen drei Jahren zwischen 8556 bis 8616. Man kann also annehmen, daß auf jeden zehnten Arbeiter ein Unfall passierte. Wenn man aber die Ueber-tagstarbeiter in Abzug bringt, so ist auf jeden sechsten bis siebten Arbeiter ein Unfall zu verzeichnen.

Für den Nachener Bezirk kommen vier Knappschaftsvereine in Betracht. Aus nachstehender Zusammenstellung ist zu ersehen, daß in allen vier Vereinen eine hohe Krankenzahl zu verzeichnen ist. Am Jahresschluß 1907 waren vorhanden:

Verein	Mitglieder	Invaliden	Witwen	Waisen	Kranken
Wurmknappschaftsverein	10 250	1 010	1 119	946	12 405
Schweiler Knappschaftsverein	2 168	187	215	126	2 790
Knappschaftsverein Schweiler Rämpchen	440	89	36	5	759
Stolberger Knappschaftsverein	4 280	482	526	102	4 809
Summa:	17 138	1 677	1 896	1 269	20 263

Diese Zahlen beweisen, daß im Nachener Bezirk jedes Knappschaftsmitglied im Laufe des Jahres mehr als einmal erkrankt. Auf rund zehn Knappschaftsmitglieder kommt ein Invalide, eine Witwe und eine Waise. Ueber 20000 kranke Knappschaftsmitglieder in einem einzigen Jahre. Da müssen in der Nachener Gegend trotz der christlichen allerchristlichen Unternehmer doch miserable und ungeheure Zustände vorherrschen. Diese traurigen Zustände haben der Regierung Anlaß zu einer Untersuchung über die Ursachen der hohen Krankenziffer gegeben. Ueber die Unfälle im Schweiler und Stolberger Bezirk sehen uns keine Zahlen zur Verfügung. Die in dieser Beziehung von uns oben angeführten Zahlen beziehen sich nur auf das eigentliche Wurmrevier.

In einer Sitzung der erwähnten Untersuchungskommission führte ein Knappschaftsarzt der Wurmknappschaft an: Die hohe Krankenzahl sei wesentlich auf die humane Behandlung der Knappschaftsmitglieder zurückzuführen. In dieser Kommission teilnehmende Arbeiter waren allerdings anderer Ansicht, sie erklärten, daß die

Wurzel des Übels in der langen Arbeitszeit und den ungesunden Zuständen in den Bergwerken in erster Linie zu suchen sind.

Nun, einige Worte darüber, wie es in den Gruben aus sieht. Auf Grube Schweiler Reserve wurden in letzter Zeit viele Arbeiter eingestellt, welche eine Zeche im Inneren noch niemals gesehen hatten. Dieselben wurden sofort einer Kameradschaft zugeteilt. Dadurch wurde nicht bloß der Lohn der betreffenden Kameradschaft stark beeinträchtigt, auch die Gefahren mußten sich erhöhen, die Unglücksfälle mehrten sich.

Auf derselben Grube klagen die Arbeiter darüber, daß die Abortschüssel oft monatelang nicht geleert wurden. Für vier Orte soll überhaupt kein Klübel vorhanden sein. Die Arbeiter sind gezwungen, um ihre Bedürfnisse zu verrichten, bis dreiviertel Stunde weit zu laufen.

Von Schweiler-Reserve, Nordstern, Gouley, Rämpchen, Lauerweg wird viel geklagt, daß die Förderketten in einem sehr schlechten Zustand sich befinden. Nicht selten müssen die Arbeiter bis an die Knie durch Schmutz und Wasser laufen. Daß durch die nassen Füße leicht Erkrankungen eintreten, dürfte jedem klar sein, besonders wenn, wie auf Lauerweg, die Arbeiter, aus dem Schachte kommend, müssen, bevor sie in die Waschkabine gehen dürfen. Auf Grube Maria sahen die Pferdebesitzer beim Schlachtwechsell durch die Strecken, wie wenn's eine Heimbahn wäre. Die Arbeiter müssen sich zwischen die Baue flüchten, um nicht zu verunglücken.

Daß Luft und Licht zur Erhaltung der menschlichen Gesundheit erforderlich ist, ist etwas selbstverständliches. Auf das Sonnenlicht muß der Bergmann gänzlich verzichten. Für Zuführung von frischer Luft soll desto mehr gesorgt werden.

Daß dies aber nicht immer zutrifft, dürfte der Umstand beweisen, daß auf Grube Lauerweg die Arbeiter in der Frühfrüh gegen Mittag in den Bremsbergen vor lauter Pulverqualm nicht mehr sehen können.

Wer etwa geglaubt hat, daß nach dem Inkrafttreten der neuen berggesetzlichen Bestimmungen auch nicht mehr so willkürlich gestraft würde als früher, der würde seine Rechnung ohne die Bergwerksverwaltungen gemacht haben. Von dem Nachener Revier ist wenigstens zu behaupten, daß es mit den Bestrafungen schlimmer geworden ist als früher. Je nach Steinegehalt oder auch nach Namen der Beamten wird wegen unreiner Kohlen mit 50 Pfg. bis 8 Mk. pro Wagen bestraft. Auf Grube Maria bekommen die Arbeiter die mit Strafe belegten Wagen nicht mal zu sehen. Es kommt oft vor, daß Wagen, die mit 50 Pfg. Arbeitslohn bezahlt werden, mit 2 Mk. Strafe belegt werden.

Durch die Jagd nach Kohlen entwickelt sich ein unerträgliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Unterbeamten, wenigstens bei den Beamten, die nicht die nötige Einsicht haben, um zu erkennen, was ein Arbeiter schaffen kann. Bei der heutigen Krise macht sich dies besonders bemerkbar. Widerspricht ein Arbeiter, dann heißt es gleich: "Wenn es Ihnen nicht mehr gefällt, so können Sie gehen." Auf Nordstern wurde einem Arbeiter gekündigt, der 27 Jahre auf genannter Grube beschäftigt war, weil sein Sohn die Arbeit auf gekündigt hatte. Glücklicher Weise wurde die Kündigung vom Direktor zurückgenommen. Auf derselben Grube wurde einem Unfallrentner gekündigt, weil seine Brüder nicht mehr dort in Arbeit bleiben wollten. Nachher wurde die Kündigung zurückgenommen, der Lohn aber um 50 Pfg. gekürzt.

Mit Ausnahme von Schweiler-Reserve, wo 1/2 Stunde gearbeitet wird, ist die Arbeitszeit auf den übrigen Gruben auf neun Stunden festgesetzt. Die Ueber-tagstarbeiter arbeiten zwölf Stunden. Auf Schweiler-Reserve wird zweimal jede Woche je zwei Stunden nachgearbeitet. Dies System herrschte früher auch auf den übrigen Gruben des Schweiler Bergwerksvereins. Auf Grube Anna und Wilhelmshacht haben die Arbeiter gegen diese zwangsweise Nacharbeit Stellung genommen und erreicht, daß dieselbe abgeschafft wurde. Viele Ueberlichten und Sonntagsarbeiten werden verrichtet, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht absolut notwendig sind. Im Jahre 1906 kamen auf pro Kopf der Arbeiter 295,3 Schichten und im Jahre 1907 kamen auf jeden Arbeiter 299,3 Schichten. Im Jahre 1907 kamen demnach auf jeden Arbeiter 14 Schichten mehr als im Jahre vorher. Mancher Bergmann würde sich zur Ueberarbeit nicht hergeben, wenn er sich nicht benehmt wäre, dadurch sehr benachteiligt zu werden. Leider herrscht hier bei vielen Arbeitern noch die izzige Auffassung, durch die Nacharbeit sich einen höheren Lohn zu verschaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Auf Schweiler-Reserve, wo am meisten nachgearbeitet wird und die meisten Ueberlichten verfahren werden, werden die schlechtesten Löhne vom ganzen Nachener Revier gezahlt. Auf Nordstern verücht man die Arbeitszeit dadurch zu verlängern, daß oft die Seilfahrt zum Ausfahren um 10 bis 15 Minuten später beginnt als in der Arbeitsordnung vorgehört. Auf dieser Grube wie auf dem Wilhelmshacht ist es auch wiederholt vorgekommen, daß mit Personen im selben Korb auch Kohlen gefördert wurden.

Es sieht also im Wurmrevier recht schlimm aus. Die Bergarbeiter verlangen:

Ein Reichsberggesetz, Arbeiterkontrolleure, die von den Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden. An Stelle der heutigen Arbeitsordnung einen von beiden Parteien — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — zugestimmten Arbeitsvertrag (Tarifvertrag).

Wie lange wird es dauern, ehe dem Ruf der Bergarbeiter seitens der Gesetzgebung und der Grubenbesitzer entsprochen wird. Die gewaltigen Lohnabzüge und der verstärkte Druck, der auf die Bergarbeiter ausgeübt wird, scheuen nicht ohne Wirkung auf die Bergarbeiter zu bleiben. Viele Kameraden haben sich in letzter Zeit deshalb dem Bergarbeiterverband angeschlossen, wozu auch die häßliche Kampfesweise der Christlichen beiträgt. Hoffentlich werden die Kameraden weiterhin für ihre Organisation fleißig tätig sein und nicht ruhen, bis sie den letzten unorganisierten Kameraden dem Bergarbeiterverband als Mitglied zugeführt haben. Hierzu ein Glück auf!

Zur Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Eisenach.

Bekanntlich findet die diesjährige Generalversammlung des Verbandes in Eisenach statt. Sie wird lebhafteste Förderung mit sich bringen, nicht nur über Fragen allgemeiner Natur, sondern auch über solche, die den inneren Ausbau des Verbandes betreffen. Zu Nr. 51 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 19. Dezember 1908 hat der Verbandsvorstand den Kameraden einen Verbandsstatutentwurf unterbreitet, der eine bedeutende Reorganisation inferses Verbandes mit sich bringen wird, falls die Generalversammlung den Entwurf akzeptiert. Zunächst sollen sich aber unsere Kameraden über den Entwurf in der "Bergarbeiter-Zeitung" ausdrücken, was um so besser geschehen kann, als jetzt nicht die Ereignisse in der Weise auf uns einströmen, wie sie die Radobastäre mit sich brachte. Dadurch mußte manches zunächst zurückgestellt werden, die Fortsetzung der Artikelserie über die Tariffrage im Bergbau wie die Diskussion über die kommende Generalversammlung. Die Frage der Tarife werden wir eventuell in den nächsten Nummern wieder neu aufnehmen, die Diskussion über die Aufgaben der Generalversammlung für den Ausbau des Verbandes mag mit einigen Zuschriften von Kameraden in dieser Nummer schon beginnen.

Wenn alle zwei Jahre die Generalversammlung unseres Verbandes gerantlicht, dann finden sich viele Kameraden, welche zur Weiterentwicklung des Verbandes das Statut in verschiedenen Punkten abändern möchten und mehr oder weniger Abänderungs- resp. Zusatzanträge stellen.

unterliegt keinem Zweifel, das alle das Wohl des Verbandes dabei im Auge haben und nach diesem Gesichtspunkte sind auch die Wünsche der Mitglieder in den Beschlüssen zu berücksichtigen. Den Reigen hat die Verwaltung unseres Verbandes bereits eröffnet, indem sie eine Reihe von Änderungsanträgen der Eisenacher Generalversammlung unterbreitet hat und diese bereits ihren Mitgliedern kundgegeben hat. Die Verwaltung des Verbandes muß am besten die Wünsche der Mitglieder berücksichtigen, die die Durchführung dieser Frage zu Stande bringen werden. Was mich nun am meisten an dem Entwurf unserer Gesamtverwaltung interessiert, das ist die Einführung der Staffelleistungs- resp. Erhöhung des Beitrages und im Anschluß daran die Einführung der stufenmäßigen Unterhaltungsfrage. Ich würde ohne weiteres dem Verwaltungsentwurf betreffs der Beitragsfrage zustimmen, wenn nicht so vieles dagegen spräche.

Auf der vorigen Generalversammlung lag von verschiedenen Stellen ein Antrag vor, wonach jugendliche Mitglieder bis zu 20 Jahren und solche, die unter 3 Mtl. verdienen, 20 Pfg. Wochenbeitrag zahlen sollten. Alle übrigen Mitglieder sollten 40 Pfg. Wochenbeitrag zahlen. Die erste Kategorie sollte dann nur Anspruch auf die Hälfte der Unterhaltungsfrage haben. Das wäre meiner Meinung nach bei den heutigen Verhältnissen die richtige Lösung der Beitragsfrage gewesen. Die Fortsetzung der Generalversammlung beschloß aber einen Beitrag von 40 Pfg. und für jugendliche Mitglieder bis zu 18 Jahren einen solchen von 20 Pfg. pro Woche. Das der Beschluß betreffs der Jugendlichen ein unglücklicher war, sah wohl von vornherein ein einigermaßen urteilsfähiges Verbandsmitglied ein, denn daß von diesem Beschluß wenig Gebrauch gemacht würde, stand von vornherein fest. Anders wäre dieser Beschluß ausgefallen, wenn das jugendliche Alter bis zu 20 Jahren genommen würde, denn Mitglieder im Alter von 18 bis 20 Jahren werden nicht wenige vorhanden sein. Die Werbung solcher Mitglieder wäre aber desto leichter, wenn dieselben einen ermäßigten Beitrag gäben, denn die Höhe des Beitrages schreckt gewöhnlich vor dem Beitritt solcher jugendlichen Personen, welche übrigens die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer Organisation noch nicht erfaßt haben, zurück. Es kommt noch in Betracht, daß gerade bei den Bergarbeitern das 20. Lebensjahr quasi einen Abbruch für die Jugend bildet, und solche jugendliche Personen bisher unter dem Einfluß ihrer Väter resp. älteren Brüder standen. Sind diese im Verband nicht organisiert, dann werden sie es auch in den meisten Fällen nicht sein, daß der Sohn resp. Bruder unter 20 Jahren dem Verbande beiträgt. Sind aber der Vater und die älteren Brüder, wenn sie gemeinsam den Haushalt führen, Mitglieder des Verbandes, so erachten sie es mit Rücksicht auf die Höhe des Beitrages nicht für notwendig, daß der Sohn resp. Bruder unter 20 Jahren dem Verbande beiträgt. Und für Mitglieder, welche unter 3 Mtl. verdienen, ist ein Wochenbeitrag von 20 Pfg. hoch genug bemessen. Älteres haben wir recht die Klagen auf der letzten Generalversammlung aus Schüssen beiseite. Was die Klasse C zu § 7 des Verwaltungsentwurfs betrifft, so ist das die Vorbedeutung zu einem geplanten Uebergang zu höheren Mitgliederbeiträgen. Dazu ist unsere Bergarbeiterschaft heute absolut noch nicht reif und hoffentlich wird die kommende Generalversammlung das auch einsehen.

Wo sind die Schreier, welche nach dem Streik von 1905 einen 50- resp. 60 Pfg. Wochenbeitrag eingeführt haben wollten, geblieben? Es waren die ersten, welche nach der Einführung des 40 Pfg. Wochenbeitrages dem Verbande den Rücken kehrten. Welches ist die Hauptursache der so traurigen Erscheinung einer so großen Fluktuation, wie sie innerhalb unserer Mitgliederenschaft stattfindet? Nur das Beitragszählen. Aus allen diesen Erscheinungen, welche bei dem christlichen Gewerbeverein in noch größerem Maße zutage treten, hat letzterer die Augenwendung gegogen und handhabt seine Beitragsfrage verständig, um dadurch dem gewaltigen Mitgliederchwund zu begegnen. Der polnische Verband erhebt einen Wochenbeitrag von 30 Pfg. All dies spricht gegen die Erhöhung des jetzigen Beitrages.

Nun heißt es allerdings im Verwaltungsentwurf zu § 7, Klasse C: 50 Pfg. für alle Mitglieder, welche diesen Beitrag freiwillig zahlen wollen. Welche werden nun diese freiwilligen Zahler sein? Abgesehen davon, daß sich unter den heutigen Verhältnissen verhältnismäßig wenige dazu finden werden, werden es vorwiegend solche Mitglieder sein, die heute im Verbande keine Anwartsstellungen inne haben resp. die Ortsgeschäftsleiter. Solche bringen aber schon erhebliche Opfer für die Organisation und man sollte diesen nicht weitere Opfer aufzählen.

Nun sind im Verwaltungsentwurf auch die Unterhaltungsfrage dem Beitragszählen entsprechend angemessen. Das Unterhaltungswesen kann aber niemals Hauptzweck einer Organisation sein. Diese Erkenntnis hat der allergrößte Teil unserer Mitglieder und sind dieselben gegen den weiteren Ausbau des Unterhaltungswesens. Für diejenigen, welche für eine Erhöhung des Beitrages sind, kann höchstens der Grund maßgebend sein, der Verband könne mehr Gelder zuführen, um den Verband schlagfertiger zu gestalten. Nach dem Verwaltungsentwurf wird aber das Plus, der dem Verbande durch den 50 Pfg. Beitrag zuzuführenden Gelder ein unerhebliches sein, denn die geübten Unterhaltungsleistungen werden einen erheblichen Teil davon aufwiegen. Das nach dem Verwaltungsentwurf eintretende Aufschlags- resp. Umlageverfahren bei dem Anfall der respektiven Wunden in eine andere Beitragsklasse würde nicht nur den Zahlstellenverwaltungen, sondern ganz besonders der Zentralleitung einen erheblichen Teil Arbeit mehr verschaffen. Die Konsequenz wäre die Vergrößerung des Verwaltungsapparates, wodurch sich dann die Verwaltungskosten erhöhen und Ballast (!) für die erhöhten Einnahmen aus dem 50 Pfg. Beitrag bedeuten.

Ich würde unzerzweifelt für die Einführung eines höheren Beitrages sein, wenn ein solcher ein Schritt von allen Bergarbeiterorganisationen festgesetzt, und den Mitgliedern am Sonntag abgehalten würde. Die Knappschaftsvereine haben im Laufe ihrer Entwicklung die Mitgliederbeiträge erheblich erhöht und nehmen keine Rücksicht, ob es gute oder schlechte Zeiten sind. Selbst jugendlichen Vergleichen, wenn dieselben das 16. Jahr erreicht haben, zieht man zwangsweise die Pensionbeiträge ab. Den Löhnen gegenüber, welchen diese jugendlichen Vergleiche verdienen, bedeuten die hohen Abzüge eine schreckende Ungerechtigkeit. Aber man zählt und warum, weil man das Geld nicht in die Finger bekommt. Man hört aber über die Knappschaftsbeiträge ausnahmsweise keine Mohnit, die Vergleiche betrachten diese Angelegenheit als mit der Entwicklung des Bergbaues vereinbar. Hoffentlich wird die Zeit nicht mehr allzufern sein, wo auch wir die Einführung der Mitgliederbeiträge zu durchsetzen vermögen, wie die Knappschaftsvereine. Dann werden die Beiträge mit der Selbstverständlichkeit gezahlt werden, wie das heute bei der Knappschaft geschieht. Dazu ist aber erforderlich, daß die Berücksichtigung innerhalb der Bergarbeiterschaft aufhört, diese sich eine einheitliche mächtige Organisation schafft, der alle Bergarbeiter angehören müssen. Einer solchen Organisation wird es ein leichtes sein, Aktionen zu ergreifen, um die Grubenherren zur Anerkennung zu zwingen und diese dann die Organisationsbeiträge den Mitgliedern abhalten, wie es heute mit den Knappschaftsbeiträgen geschieht.

Fr. D u d d e, Bochum.

Aus dem deutschen Reichstag.

(Arbeitskammergesetz. — Wegen der Rechtsstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter. — Polizeiwärter und Vereinsgesetz. — Drohung mit einem neuen Sozialistengesetz.)

Am 15. und 16. Januar wurde im deutschen Reichstag der von der Regierung umgeänderte Kammergesetzentwurf eingebracht und in erster Lesung beraten. Die Regierung kommt mit diesem Entwurf einer alten Forderung der verschiedensten Parteien entgegen. Auch die sozialdemokratische Partei hat ein Gesetz der Arbeitskammern vertreten, früher noch als die anderen Parteien, ging aber seit dem Wählergewerkschaftsaktionär von diesem Standpunkt ab und vertrat von da ab den Beschluß des Kongresses auf Einführung von reinen Arbeiterkammern als reine Interessvertretung der Arbeiter. Man verlangt nicht mehr als was die Handwerker, Landwirte, die Unternehmern bzw. der Handel heute schon in ihren Kammern besitzen. Es ist festzustellen, daß innerhalb der Arbeiterkammer die Meinung über den Wert der Arbeiter- oder Arbeitskammern auseinandergehen, dennach können beide gewisse Aufgaben für die Arbeiterkammer erfüllen, wenn sie den oft ausgesprochenen Wünschen der freien Gewerkschaften gemäß eingerichtet werden. Gewerkschaften, die, wie die christlichen, in den Arbeitskammern eine Basis der Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern sehen, gehen mit ihrem Urteil über den Wert von Arbeiterkammern entschieden zu weit. Wir können da schon dem Minister von Weizsäcker-Pollweg nicht ganz Unrecht geben, wenn er ausführte in seiner einleitenden Rede im Reichstag, daß wenn man die Kritik zu dem gegenwärtigen Regierungsentwurf außerhalb des Hauses hört, es scheint keine, als ob das Interesse daran, daß überhaupt etwas Positives zustande kommt, nachgelassen hat. Das trifft gewiß auch auf uns zu, soweit der Regierungsentwurf in Frage kommt. Meine Arbeiterkammern ist unsere Forderung und wenn der Entwurf der Regierung keine gründliche Abänderung erfährt, so dürfte die Bergarbeiterschaft für die Arbeitskammern recht wenig Interesse zeigen. Sie werden weder Verhandlungskammern sein noch sonst der Bergarbeiterschaft etwas dienen. Unsere Auffassung bezieht sich mit den Anschlägen der beiden Gewerkschaftsblätter Legion und Seering im Reichstag. Entweder reine Arbeiterkammern oder totale Abänderung des Regierungsentwurfs, dahingehend, daß zunächst auch Gewerkschaftsangehörige in den Arbeitskammern mitwirken können und so der Beeinflussung der Arbeiter in den Arbeitskammern durch eventuelle Drohungen durch Unternehmer zu entgegen. Wie heute die Grubenbesitzer mit Arbeitervertretern umspringen, ist hinlänglich bekannt. Die Aufgabe reiner Arbeiterkammern, Gutachten abzugeben, kann auch am besten durch Mitwirkung von Leuten gelöst werden, die als Führer der Arbeiter sich die nötigen Kenntnisse über die Lage der Arbeiter und der Betriebe mit der betrieblichen Einrichtung verschafft haben. Ferner müßten die Arbeitskammern eine größere Selbstverwaltung eingekündigt bekommen, als sie im Entwurf vorgesehen ist, ebenso müßten ihre Funktionen erweitert werden. Warten wir ab, was die Kommission, die den Entwurf zur weiteren Beratung und Ausgestaltung überlesen bekommen hat, aus ihm macht. Wir werden dann auf ihn zurückkommen.

Im Laufe der vergangenen Woche hat sich der deutsche Reichstag mit der Abschaffung der Gefängnisstrafen für die landwirtschaftlichen Arbeiter befaßt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag gestellt, eine reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter herbeizuführen. Die auf Kontraktstrafen angelegten Strafen sollen aufgehoben werden, die sogenannten Gefängnisstrafen beseitigt und dafür den Landarbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden, damit sie wie die gewerblichen bzw. Industriearbeiter auf ihre Lage einen Einfluß ausüben können. Für das Gefängnis soll eine reichsgesetzliche Krankenversicherung eingeführt werden. Ferner wurde die Regelung der Arbeitszeit verlangt. In Preußen allein gibt es nicht mehr als 10 verschiedene Gefängnisstrafen, von denen die älteste aus dem Jahre 1772 und die jüngste aus dem Jahre 1859 stammt. Das genügt, um sich ein Urteil von vornherein zu bilden, was diese Strafgesetze enthalten müssen. Fast alle Parteien unterstützen in der Hauptsache die Aufhebung der Gefängnisstrafen, nur die Agrarier, die Dr. Sahm, D. Höpfel und die Fraktionsgenossen um Franz Lehren, die den Abgeordneten Stauffer als Redner vorzuziehen, nicht. Die Debatte wurde schließlich vertagt, ohne daß sich die Regierung dazu geäußert hatte.

Weiter befaßte sich der Reichstag mit der Handhabung des neuen Vereinsgesetzes durch die unteren Behörden. Eine Unmenge Klagen über behördliche bzw. polizeiliche Uebergriffe wurden vorgebracht, die die hinterlistigste Auslegung des Gesetzes durch die Polizei recht drastisch zeigte. In vielen Orten fragt die Polizei nichts nach Gesetzen, sie steht über dem Gesetz! Die Minister können beneiden, was sie wollen, die Polizei macht was sie will. Beschwerden helfen da so gut wie gar nichts. Wir haben zum Beispiel den für die Polizei in Mecklenburg bei blauem Kreuz (Mecklenburger Polizeiprozess) erlebt. Nicht nur da schauten wir in einen Abgrund schlimmer Polizeimissetaten hinein. Im Reichstag sind die Sozialdemokraten und sonstige Verfolgungen der Arbeiter durch die Polizei in den Vordergrund so oft zum Ausdruck gebracht worden, daß man glauben sollte, es müsse endlich einmal anders werden. Nur an einzelnen Orten läßt man uns hier in Ruhe, sonst besteht die alte Prozedur weiter. Nun, wir werden das Material 1. 3. der Öffentlichkeit zusammenfassend wieder übermitteln. Daß da verschiedene Polizeibehörden wiederum in ein eigentümliches Licht gestellt werden, kann heute schon gesagt werden.

Auch der Sprachen-Paragraph spielte bei den Debatten über die Handhabung des Vereinsgesetzes eine große Rolle. Der Minister v. Weizsäcker-Pollweg suchte in seiner Rede gegen die Kritik auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen die großpolnische Agitation ins Feld zu führen. Er stellte fest, daß das Verbandsorgan einmal geschrieben habe, daß die polnischen Arbeiter in den polnischen Gewerkschaften „von polnischen Phrasen gefüttert“ werden. So etwas hat in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht gestanden, am allerwenigsten in einem Zusammenhang mit der Anwendung des Sprachenparagraphen. Und darauf kommt es wohl an. Die sind Gegner dieser Paragraphen, weil sie einen Ausnahmezustand gegen den nicht deutsch sprechenden Teil unserer Bevölkerung bedeutet, und wir haben demgemäß unsere Haltung stets eingerichtet. Das war eine politische Agitation in groß- oder nationalpolnischem Sinne in den Gewerkschaften verwerfen, ist selbstverständlich, wir würden anderen nationalen Phrasen, also auch den deutsch-nationalen, mit derselben Entschiedenheit gegenüberstellen. Unter „polnischen Phrasen“ kann aber doch etwas anderes zu verstehen sein, als das, was wir in Wirklichkeit zu treffen versucht haben. Wir betrachten es nicht als eine Phrase, wenn sich die Polen ihrer Sprache wegen wehren und diese in ihren Versammlungen zur Anwendung bringen. Der Minister täte besser, wenn er dafür sorgte, daß dem deutschen Volk und damit auch den Polen die gesetzlichen Rechte durch die Polizei nicht mehr angetastet würden.

Uns interessiert noch eine Uebersetzung des Reichskanzlers in vergangener Woche, die zwar nicht im Reichstag, wohl aber im preussischen Abgeordnetenhause gefallen ist. Bülow ließ den Ruf nach einem neuen Sozialistengesetz erschallen und er behauptete die bürgerlichen Parteien, in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie eine Einigung zu vollziehen. Nachträglich hat man von diesen Wünschen des Reichskanzlers die Schärfe mehren wollen. Aber wir wissen doch, was sich im Busen Bülows regt, das ist gut so! Ein Sozialistengesetz trifft jedenfalls auch die Gewerkschaften — nicht nur die freien Verbände allein — mit. Ein solches Gesetz kann uns darum nicht gleichgültig sein. Sollte es nach berühmtem Muster geschaffen werden, nun dann werden wir den Vätern eines neuen Ausnahmegesetzes schon zeigen, daß wir nicht mehr im Jahre 1878 sind, daß sich die deutschen Gewerkschaften und die Bergarbeiter zu wehren verstehen. Wer sich den Schnabel dabei verbrennen will, kann mit dem Gesetz nur kommen.

Soziale Beschädigung und Arbeiter-Verhinderung.

Die Unfallversicherung im Jahre 1907.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlichte soeben die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten für das Jahr 1907. Wie es bei diesen Veröffentlichungen immer zu sein pflegt, bietet auch die vorliegende wieder viel des Bemerkenswerten.

In dieser absoluten Zunahme sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit rund 4000 und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 800 Unfällen beteiligt. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen 1006 auf 1000 Wollarbeiter 981 entschädigte Unfälle, im Jahre 1907 aber 987. Von den Unfällen hatten 6815 den Tod und 1286 die dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge. In 20 222 Hinterbliebene Verletzte wurde im Berichtsjahre zum erstenmal Rente gezahlt. Darunter befanden sich 6881 Witwen.

Die Summe der von sämtlichen Berufsgenossenschaften und so weiter gezahlten Entschädigungsbeträge belief sich auf 150 825 201 Mtl. gegen 142 486 864 Mtl. im Jahre 1906. Die Summen erscheinen sehr groß; wenn man aber berechnet, wieviel auf den einzelnen Entschädigungsberechtigten kommt, ist das sehr wenig. Es sind kaum 145 Mtl. pro Jahr. Die Kapitalabfindungen (selbständigen Entschädigungen an Verletzte mit einer Erwerbsunfähigkeit von 15 Proz. und weniger) werden immer zahlreicher. Im Jahre 1907 wurden 4884 Personen auf diese Weise abgefunden. 1270 Verletzte haben im Berichtsjahre wegen Hilflosigkeit eine höhere Rente als 60% Proz. ihres Jahresarbeitsverdienstes bezogen.

Die Summe der der Beitragsberechnung zugrunde gelegten Löhne stellt sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 8 410 186 805 Mtl. bei einer Zahl von 9 018 307 durchschnittlich versicherten Personen oder 7 880 421 „Wollarbeitern“ (d. h. die Zahl der Arbeitstage geteilt durch 800). Im Jahre 1906 betrug die Lohnsumme 7 220 016 081 Mtl. bei 8 625 500 durchschnittlich versicherten Personen und 7 612 728 „Wollarbeitern“. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist wieder die Summe der verdienten Löhne, noch die Zahl der beschäftigten Personen angegeben.

Die Verwaltung der Unfallversicherung verschlingt nicht geringe Summen. So waren von den Berufsgenossenschaften an laufenden Verwaltungskosten zu bezahlen 14 684 645 Mtl. Hierzu kommen noch für die Unfalluntersuchung, Feststellung der Entschädigung und die Schiedsgerichte 8 617 249 Mtl. Auf einen Versicherten entfallen durchschnittlich etwa 1,80 Mtl. Verwaltungsausgaben. Auf einen gemeldeten Unfall steigert sich die Summe sogar auf etwa 85 Mtl. Die 114 Berufsgenossenschaften beschäftigen auch 1151 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5611 Mitglieder der Sektionsvorstände, 28 086 Vertrauensmänner, 4133 Verwaltungsbeamte und 323 technische Aufsichtsbeamte. Dem Reservefonds wurde die Summe von 19 000 000 Mtl. zugeführt. Dese haben nun die Höhe von zusammen 254 164 835 Mtl. erreicht. Dazu kommen noch 5 000 000 Mtl. rückständige Einlagen und 50 000 000 Mtl. sonstiges Vermögen.

Alles in allem zeigt der Bericht, daß die Unfallversicherung immer festlicher wird. Von einem Ausbau der Fürsorge war im Berichtsjahre keine Rede. Die höheren Ausgaben entsprechen kaum den gesteigerten Anforderungen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenbündel.

In der am 18. Januar stattgefundenen Besondereversammlung wurden über die Besand- und Abfahrgewinne wie über die Förderung im Jahre 1908 folgende Zahlen mitgeteilt. Während im Jahre 1907 insgesamt an 80% Lagen gefördert wurde, waren es 1908 nur 277% Tage. Dahingegen stieg die Förderung arbeitsmäßig von 266 881 T. im Jahre 1907 auf 271 372 T. im Jahre 1908. Die Gesamtförderung für das ganze Jahr, nach Monaten zusammengefaßt:

Monat	In tausend Tonnen:						In Prozenten der Förderung			
	1907	1908	1907	1908	1907	1908	1907	1908		
Januar	6089	6910	6071	6737	6000	6510	5687	5668	84,64	87,08
Februar	6128	6094	6126	7008	5885	6457	5164	5998	87,58	92,99
März	6032	6804	6380	6761	6381	6508	5013	5600	87,08	87,50
April	6332	6400	6403	6351	6139	6191	5447	5251	81,08	84,82
Mai	6821	6330	6332	6038	6142	6456	5308	5558	87,40	86,10
Juni	6405	6257	6524	6175	6125	5993	5118	5162	91,64	86,15
Juli	7245	7335	7207	7047	6857	6954	6233	5901	90,90	84,86
August	7199	7059	7181	6805	6857	6806	6108	5776	90,20	86,28
Septbr.	6558	7072	6592	6835	6347	6000	5970	5711	89,49	86,25
Oktober	7184	7103	6989	6791	6877	6060	6000	5581	87,26	80,19
November	6795	6508	6717	6331	6155	6171	6760	5187	93,42	83,26
Dezember	6608	6454	6722	6255	6009	6228	5760	4908	84,59	80,32
Jahr bezw. Durchschn.	80156	81021	80147	76684	76464	77812	68431	66429	86,49	85,87

Aus den Zahlen ergibt sich, daß zwar die Gesamtförderung stieg wie aber der Gesamtabsatz im Jahre 1908 gegenüber dem Vorjahre gefallen ist. Von Juli ab beobachteten wir ein ständiges Sinken des Kohlenabfahrs. Der Vorstand des Syndikats bemerkt, daß besonders stark im Monat Dezember sich Absatz- und Versand Schwierigkeiten ergaben. Das Syndikat sei gezwungen gewesen, große Kohlenmengen auf Lager zu nehmen. Wenn im Bericht angeführt wird, daß die Förderung an sich sich regelmäßiger gestalte, da sich die Arbeiterverhältnisse besser gestaltet, so trifft das wohl zu, als die Nachfrage nach Arbeitern sozusagen aufgehört hat. Die Arbeiterverhältnisse unter dem Gesichtspunkte der Lohnfrage, wie der Arbeiterbehandlung, haben sich hingegen in einer Weise verschlechtert, die in keinem Verhältnis zu dem noch immer glänzenden Stand der Kohlenindustrie steht.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die preussische Wahlrechtsbewegung

wird in der nächsten Zeit wieder lebhaftere Gestalt annehmen. In preussischen Abgeordnetenhause werden die Wahlrechtsanträge der Freisinnigen zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schmählichen Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen.

Die Vertretung der Klassenbewußten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhause ist nur sieben Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Zusitze in Berlin und Hannover-Linden müssen die Junker und Bourgeois, die früher die preussischen Landtagsitze für sich monopolisiert hatten, den Schreier der unteren Klassen Volksmassen auch in der preussischen Kammer anhören. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur sieben Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himelshoch Unerträglichkeit dieser Aristokratie eines Wahlsystems.

Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bürokratie des preussischen Staates ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme beschäftigt, deren Erörterungen folgen sollen. Diese Erhebungen und Erörterungen werden nun fast unterbrochen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preussischen Dreiklassenhause. Das preussische Volk, das in seiner Art 1908 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenwahlrechtsmacherei feiert, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert gebieterisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in den Blättern im Mai v. J. während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die seither verfloffenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die graufige Grubenkatastrophe auf Zeche Radob zu erinnern! Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und

Arbeiterinnen in vollster Weise ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen...

Grubensteiger und Grubenbesitzer in Oberschlesien.

Und wird geschrieben: Der Verband der Ortsgruppen Oberschlesien des Bundes der technischen Industriellen Beamten...

Die Verhandlung der Ortsgruppen Oberschlesien des Bundes der technischen Industriellen Beamten veranlasste am Sonntag, den 17. Januar in Abwesenheit eine Protokollversammlung...

Appell unterbreitete diese Angelegenheit dem Vorstande seiner Organisation, welcher eine Eingabe an den Bergwerksdirektor sandte...

Der Appell hielt Ingenieur Timm aus Berlin einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, der dahin ausklang, daß die Angehörten der Industrie durch die Maßregelung des Kollegen Appell nicht die Flinte in's Korn werfen sollen...

Nach einer lebhaften Diskussion, in der sich alle Redner mit dem gemäßigten Steiger solidarisierten, ergriff nochmals Herr Timm das Wort und erklärte unter anderem, daß die Bergverwaltung der Gießgrube für die Maßregelung des Steigers dankbar seien...

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 17. Januar 1908 in großer Zahl in Königsbrunn versammelten Industriellen Oberschlesiens erheben hierdurch schärfsten Protest gegen die jüngst erfolgte Beamtenmaßregelung...

Sie sehen in der Entlassung eines Steigers wegen seiner Zugehörigkeit zum Bund der technisch-industriellen Beamten einen Angriff auf die allen Staatsbürgern gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit...

So weit die Zuschrift. Der Vorgang mit dem Steiger, den man wegen seiner Tätigkeit für seine Organisation maßregelt, entspricht genau den Wünschen des Geheimbundes der ober-schlesischen Grubenrentner...

Die Versammlung spricht daher die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber des ober-schlesischen Industriebezirks sich dieser Selbsterkenntnis nicht verschließen und in Zukunft weder direkt noch indirekt die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten antasten werden.

So weit die Zuschrift. Der Vorgang mit dem Steiger, den man wegen seiner Tätigkeit für seine Organisation maßregelt, entspricht genau den Wünschen des Geheimbundes der ober-schlesischen Grubenrentner...

Warum ziehen die technischen Beamten nicht andere Konsequenzen als papierne Resolutionen, die weder Tadel finden werden vor den Augen der Grubenverwaltungen...

Der Kongress der Tabakarbeiter, wurde in der vorangegangenen Woche im Berliner Gewerkschaftshaus veranstaltet. Es nahmen 245 Delegierte daran teil...

besprach die parlamentarische Situation. In seinem Schlusswort führte er aus, daß bei der Durchführung der vorgeschlagenen Steuer...

Der Kongress war auch vom Reichs- und Bundesgewerkschaftsverband, die christlichen Gewerkschaften hielten sich dem Kongress fern...

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Neue Bahnen in der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Die Seifenfabrik der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine, deren Konzeptionierung Mittelständler und Seifenfabrikanten in trautem Vereine mehrere Jahre lang zu verhandeln in der Lage waren...

Es waren nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden, ehe mit der Eigenproduktion der Konsumvereine begonnen werden konnte...

Im Jahre 1904 war der Beschluß gefaßt worden, eine Seifenfabrik zu errichten. In Wien, in der Provinz Sachsen, wo man zuerst zur Ausführung des Planes schritt, vereinigten sich aber die Gemeindebehörden mit der Polizei, der Eisenbahn, der Postbehörde, den Hausbesitzern...

Internationale Mundschau.

Die Grubenkatastrophen in Ungarn.

Ueber das Massenunglück im Arminschacht der Ullar Gruben haben wir in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ kurz berichtet. Es kamen hier 55 Bergarbeiter ums Leben...

Das Unglück selbst wird auf eine Reihe von „Zufällen“ zurückgeführt. Zunächst geriet der Ventilator in Brand; wie es kam, weiß niemand! Der Bedienungsmann des Ventilators war nicht zur Stelle...

Am 20. Januar war das Unglück Gegenstand einer Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident erklärte, daß nach den angefertigten Ermittlungen keine Vorrichtungsmängel außer acht gelassen werden sei!

Genossenschaftliches.

Die Nationalität der Belegschaft im Ruhrbezirk.

Am 1. Juli 1907 betrug nach dem Bericht des Vorstandes des Allgemeinen Knappschaftsvereins die Gesamtbelegschaft im Oberbergamtsbezirk Dortmund 311 640. Von diesen waren aus den östlichen Provinzen insgesamt 105 128, also gut ein Drittel der Gesamtbelegschaft...

Belegschaften, wo die Provinz Ostpreußen über ein Drittel der Gesamtbelegschaft stellt, hat das Revier Ost-Essen einen starken Einschlag aus derselben Provinz, ferner Reddinghausen und Wattenfeld...

Von den 18 971 Arbeitern aus Oesterreich-Ungarn sind beschäftigt im Bergrevier Oberhausen allein 5966 Mann. Die drei Reviere Dortmund, zählten 3327 Oesterreicher; Reddinghausen Ost- und West 2878 und Ost-Essen 1205...

Das Eldorado der Unternehmer!

So kann man mit Recht die Reichslande heißen. Die Firma Stumm besitzt in Groß-Dettingen die Grube Karl Ferdinand. Die da beschäftigten Arbeiter gehören dem Groß-Dettinger Knappschaftsverein an...

Es ist denn doch Zeit, daß die Landesregierung solche Zustände besser unter die Lupe nimmt, und die Bergarbeiter dem Landesauschuss zuziehen; „Werde hart!“ Neugierig darf man wohl sein, wie sich der Landesauschuss zu unserer Petition stellt...

Lothringen. Bleib'um Gotteswillen fern, mir von meiner Tasche.

Am 26. November lag der Generalversammlung des elsässisch-lothringischen Knappschaftsvereins der Antrag des Vizepräsidenten Singer vor, nach welchem bei der Jubiläumsgesandtschaft in elsässisch-lothringischen Gruben zurückgelegte Dienstjahre angerechnet werden sollten...

Witzfälle auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zehe Adolf von Hausmann. Am 11. Januar trat auf Hausmann die fällige Betriebsstrafe wieder ein, wobei die Körbe im Schacht III ausgehoben werden mußten und dieserhalb mehrere Reviere wieder nach Hause zu gehen gezwungen waren...

Zehe Adolar. Die Walschläue ist hier viel zu klein, zudem noch recht untauber. Klagen werden auch geführt, über die schlechten Kohlen welche für die Kesselheizung gebraucht werden...

gebildet, daß die Leute es mit Angst und Schrecken betrachten. Vor den meisten Betriebspunkten waren Wetter vorhanden. Selbst in einer Brennstaubkammer waren stets Wetter vorhanden. Dieses war für den Betrieb um so gefährlicher, weil dort Brennstaub beschaffen wurde, welche mit der Gefahr schlagender Wetter nicht genügend vertraut waren. Es kam mehrere Male vor, daß Brennstaub wegen der schlechten Wetter einzufließen. Einen hat man sogar bestaubt zu Tage transportiert. Hauptgefahr an dieser Kammer ist vor, daß die Wetterstrecke nicht in Ordnung war und selbst auf dieser, wo der Wetterzug von verschiedenen Abteilungen durch mußte, schlechte Wetter in nicht geringem Maße vorhanden waren. Auch heute steht es mit der Wetterstrecke im Reviere des Steigers Alts sehr schlecht. Besonders die Wetterstrecke im Nordflügel läßt sehr viel zu wünschen übrig. Im westlichen Betriebspunkt dieses Steigers ist besonders der Holzangel ein chronischer. Allerdings ist auf der Sohle gewöhnlich Holz vorhanden, aber vor die Arbeitshalle können die Arbeiter nichts bekommen. Es soll während der Schicht kein Holz in der Vremse befördert werden; darunter leidet die Förderung. Aber die Leute wissen oft nicht, wie sie Holz bekommen sollen und laufen nicht selten den Vremberg, welcher 180 Meter lang ist, herunter, um Holz zu holen. Enttäuscht müssen sie oft wieder umkehren, weil kein Holz zu finden ist. Wenn sich die Arbeiter nun beim Steiger über den Holzangel beschweren, dann heißt es: „Wenn ihr kein Holz habt, dann seht euch hin.“ Wenn die Arbeiter aber mal ihre Holz Kohlen nicht fördern, dann fährt Steiger Alts los: „Ihr Faulenzer, ich jage euch zum Loch heraus.“ Voriges Jahr, als noch nicht die Blaue eingetreten war, war es Steiger Alts, welcher keine Leute halten konnte. Da hielt er die Leute an, daß sie bleiben sollten. Aber jetzt ist es gerade Steiger Alts, welcher bei jeder Gelegenheit sagt: „Wenn euch das nicht paßt, so nicht ihr, was ihr zu tun habt.“ Anfang Januar verunglückte bei Steiger Alts ein Schlepper. Derselbe war am Stapel am Vremberg und geriet zwischen Vremstorb und Spurlatten, wo er tot gedrückt wurde. Derselbe Gefahr liegt auch bei Steiger Alts vor. Nicht selten kommt es vor, daß die Förderung im Stapel nicht funktioniert. Die am Stapel beschäftigten Schlepper helfen dann am Seil ziehen. Wie leicht liegt hier die Gefahr vor, daß dieselben abstürzen. Allerdings, Steiger Alts will nicht haben, daß die Schlepper im offenen Stapel gehen, aber wie dem, der nicht dafür sorgt, daß die Förderung klappt.

Reise Bedröder Nachbar. Am 3. Januar bekam hier auf der Kaserne ein Arbeiter einen Unfall, der zwar nicht tödlich, aber doch davor war, daß er nicht allein nach Hause gehen konnte. Dieses wurde nun dem Stallknecht gemeldet, und dieser meldete dem Betriebsführer die Sache. Der Betriebsführer sagte, sein Pferd, mit dem er ausfähre, sei lahm, er solle das erste beste Pferd vor einen leichten Wagen spannen und den Unfallverletzten nach Hause fahren. Der Stallknecht wollte diesen Befehl ausführen, nahm das Pferd sowie den Wagen des Oberkassierers Bremer (auch Stallknecht genannt) und wollte damit den Verletzten nach Hause fahren. In dem Moment, wo der Stallknecht vorfährt, um den Kranken aufzunehmen, kommt der Oberkassierer hinzu, steigt in den Wagen und läßt sich, ohne sich weiter um den Verletzten zu kümmern, fortfahren. Der Verletzte mußte nun in der Ammonialfabrik bis nachmittags um 4 Uhr warten, dann erst wurde er nach Hause geschickt. Wie die gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden, zeigen die heutigen Seilfahrtsverhältnisse. Die Seilfahrt geht morgens von 1/8-6 und mittags von 2-3 Uhr, sodas die Schichtzeit dadurch regelmäßig um eine halbe Stunde über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus verlängert wird.

Reise v. d. Seid. Dieser Blitt ist einer derjenigen, wo alles „müsterhaft“ hergeht. Die Seilfahrt dauert hier nicht wie auf anderen Stellen 1/2 Stunde, sondern eine ganze Stunde und darüber. Hiergegen ließe sich ja nichts einwenden, wenn die übrige Zeit, auf die Schichtzeit, wie es das Vergeseß vorgeschreibt, angerechnet würde. Dieses ist aber nicht der Fall und so werden die Arbeiter unter Tage gezwungen, wöchentlich 3 Stunden, macht monatlich 12 Stunden oder 1/4 Schicht, länger in der Grube verweilen. Wir erlauben uns nun an dieser Stelle anzufragen: Ist die Verwaltung gewillt, diese Zeit den Arbeitern zu bezahlen? Wenn nicht, so möge sie schleunigt Sorge tragen, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird. Wir wollen nicht hoffen, daß der Herr Betriebsführer dieselben Einwände erhebt wie der von Julia in der Belegenschaftsverammlung.

Reise Rheinleide (Schacht I und II). Auf der ersten Teilschicht im Reviere II steht schon seit Weihnachten soviel Wasser, daß die Leute, welche nach den Schichten 10 und 11 wussten, sich genötigt sahen, die Fußbedeckung auszutauschen, die Sohlen hoch zu frempeln und so durch das Wasser zu waten, denn die Arbeiter haben keine Gelegenheit, sich von einem Pferdretreiber hindurchfahren zu lassen, wie es bei gewissen Herren geübt ist. Hoffentlich sorgt die Verwaltung für Abhilfe.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Dulse. In der Kantine herrschen hier nicht die besten Zustände. Das Gebäude ist neu und sehr hoch, bis Wasser läuft an den Wänden herunter, trotzdem hält man des Nachts die Dampfheizung nicht in Betrieb. Außerdem gibt man den Arbeitern trotz der Mäße und Hitze als Bettdecke nur eine wollene Pferdebede. Es wäre doch nicht zuviel verlangt, wenn den Arbeitern zwei Decken geliefert würden. Mühsamwert wäre auch, daß auf dem Werke selbst etwas mehr für Ordnung gesorgt würde.

Grube Maria. Die Arbeiter empfinden es als einen besonderen Uebelstand, daß sie Blindshur und Blindhüchen über Tage fassen und daß überflüssige Material auch wieder über Tage abfahren müssen, während das die übrigen Sprengstoffe wie Dynamit, Nobelit, nitren in Empfang genommen und abgeliefert werden. Es müßte sich leicht ermitteln lassen, daß sämtliche Schleinmaterial unterirdisch in Empfang genommen werden könnte. Auch werden noch immer bittere Klagen über die Maschane geführt, die nicht einmal für ein Drittel der Belegschaft ausreicht. Die meisten Kameraden ziehen es deshalb vor, ungewaschen die Grube zu verlassen. Nicht mit Unrecht wird die Maschane im allgemeinen als eine Schlaumünde bezeichnet. In der Frühlingschicht ist der Gang zum Saacht mit großer Gefahr verbunden, indem in den Strecken die Seilfahrt während der Wamtschaftsförderung nicht ruht. Die Pferdezüge werden durch die Strecken getrieben, als seien diese eine Rembahn. Die Markenansgabe könnte ebenfalls anders und besser geregelt werden, wenn nur ein zweiter Schalter hergestellt würde. Für die starke Belegschaft reicht ein Ausgangsschalter keineswegs. Besonders ist hier in Betracht zu ziehen, daß der Rechenring direkt am Bahnhof liegt und beim Eintreffen der Arbeiterzüge der Schalter überstürzt wird und Arbeiter längere Zeit in Wind und Wetter stehen müssen, ehe sie ihre Marken erhalten. Wie gekraft wird, daß für heute nur ein Fall. Zwei Kameraden hatten das Unglück, daß ihnen ihre Lampe in einen Steinfaß fiel, worfür der eine mit 7,50 Mk. und der andere Arbeiter mit 7,80 Mk. bestraft wurde. Eine der beiden Lampen soll über sieben Jahre alt gewesen sein. Nicht jeder wird seine alten Sachen so gut bezahlt bekommen, wie in diesem Falle der Eschweiler Bergwerksverein.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Bergwerk „Gertha“ (Bredenberg a. D.). Obwohl wir uns schon des öfteren mit diesem Werke beschäftigt haben, scheint es doch ein wahrer Herd der Mißstände bleiben zu wollen. Vor einigen Tagen mußte ein großer Teil der Arbeiter ausjagen und wieder umkehren, weil sie es in den schlechten Wetter nicht auszuhalten konnten. Die obere Wetterstrecke (Leitstrecke) hat man zusammenbrechen lassen. Sodas den Kameraden keine Luft zugeführt werden konnte. Wer einschädigt diese Leute für den Lohnverlust, den sie erlitten haben. Kommt man nicht die Stelle verbannen, als die Kameraden den Steiger Vorzug darauf aufmerksam machten? Dann wären die Leute vor Schaden bewahrt worden. Bezeichnend aber ist es, mit welchen Mitteln man den Reib der Kameraden unter einander schüren will. Als ein Teil der Leute umkehren mußte, hat man andere Beschäftigten verfahren lassen. Aber auch das wird nicht helfen, die Leute vor der Organisation gunglos zu machen, sondern vielmehr wird es den Kameraden erst die Augen öffnen, und ihnen zeigen, wo sie hingehören. Auch könnte man bei einigem gutem Willen dafür sorgen, daß das Wasser in der Kave eine normale Temperatur erhält und nicht, daß es einen Tag eisfakt, den anderen wieder siedend heiß ist. Oder sollen die Leute vielleicht den Dred, den sie sich auf diesem „Musterputt“ aufgeladen haben, mit nach Hause schleppen? Desgleichen Sorge man auch für dünnes Eisen. Dann noch eine Frage: Wann finden die Snappschäftsstellenwahlen statt? Es wäre bald Zeit, daß von seiten der Verwaltung der Termin bekannt gegeben wird, oder sollen die Kameraden von neuem zu der Sache Stellung nehmen?

Königreich Sachsen.

Wubendorfer Kohlenwerke (Borna). Am 8. Januar verunglückte unser Kamerad Marzell Brigowski auf den Wubendorfer Kohlenwerken tödlich. Belegt muß werden, daß die verantwortlichen Beamten Bergarbeiter, ohne daß dieselben die erforderlichen Hauerkennnisse besäßen,

an verantwortungsvolle Arbeit legen. Wenn auch der Verunglückte jaurelang als Schlepper tätig war, so hatte der Beamte doch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß derselbe als angehender Bauer eine gewisse Zeit unter Aufsicht eines erfahrenen Bauers arbeitete. Aber diese Braunkohlenarbeiter machen ja jetzt alles zum Bauer, ganz gleich, ob die nötigen Kenntnisse dazu vorhanden sind. Weiter ist noch von der Belegschaft kritisiert worden, daß die Rettungsarbeit nicht schnell genug in Gang gebracht wurde. Wäre die Hilfe schnell zur Hand gewesen, war Rettung vielleicht noch möglich, konnte doch kein Mitarbeiter noch rechtzeitig geborgen werden. Am 12. Januar verunglückte tödlich auf der Nachbarzeche v. Einseledele Braunkohlenwerke bei Bemdorf der Bauer Ernst Fleming. Nach 20tägiger Vergnugsarbeit konnte er nur als Leiche geborgen werden. Fleming hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern. Hier scheint auch nicht alles im Lote zu sein. Nach Angabe der Kameraden sollen neun Bauern zu Bruch gegangen sein. Wie lobte man doch schließlich die Sicherheit der sächsischen Gruben im Landtag und lobend hob man hervor die Tätigkeit der elf sächsischen Berginspektoren. Die Belegschaften des Leipziger Reviers denken anders darüber.

Deutschlandschacht. (Oelsitz). Ein Unglücksfall, welchem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, hat sich in der Wäsche des Deutschlandschachtes ereignet. Tödlich verunglückte ist der 15 Jahre alte Tagelöhner Johann Schwämmlein, ein anderer ist leicht verletzt. Die Jungen mußten im Vorkammer der Wäsche die Kohlen zurückschaffen, weil derselbe früh jedesmal voll ist, damit dieselben von dem Wipper gefüllt werden können. Es sind da mehrere Stagen vorhanden. Auf der ersten Stage waren die Kohlen bereits zurückgeschafft und auf der zweiten beschäftigten sich die beiden Verunglückten damit. Durch die Menge der zurückgeschafften Kohlen ist die obere Etage jedenfalls überlastet worden und infolgedessen niedergebroschen, die genannten zwei Arbeiter unter sich begrabend. Ein anderer Arbeiter ist mit der oberen Etage mit niedergebroschen, trug aber glücklicherweise nur eine Hautabwundung davon. Es wird gesagt, daß die Balken der oberen Etage morsch gewesen wären, und trotzdem haben tagtäglich Arbeiter darunter und darauf gearbeitet. Nur dem Zufall ist es hier zu verdanken, daß das Unglück nicht größer ist. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen, wo ebenfalls leicht Unglücksfälle eintreten können. Es ist nämlich in der Wäsche, wo die flaren Kohlen durch einen Schlund in die Waggons gelassen werden. Wenn der darin vorhandene Schieber aufgezogen wird, so laufen die Kohlen heraus und veresigen sich. Nun muß ein Arbeiter von oben hinein, um nachzuhelfen, damit die Kohlen wieder laufen. Es geht dann gewöhnlich immer sehr schnell und wer sich nicht sofort halten kann, rutscht mit hinein und tan dann unter Umständen erfinden. Also auch hier wäre Abhilfe notwendig, bevor Unglücksfälle eintreten.

Bürger Steinkohlenwerk. (Unweit Dresden, im sogenannten roten Plänenchen Grunde befindet sich das Bürger Steinkohlenwerk. Um das schwarze Gold zu Tage zu fördern und verkaufsfähig zu machen, bedient man sich der modernsten Maschinen und Erfindungen der Technik. Aber nun aber etwa glaubt, daß dort, wo man sich alle neuzeitlichen Erfindungen, welche zur rationellen Hebung der schwarzen Schätze geschaffen sind, zumuge macht, die Arbeiterkraft wohl geborgen sei, der ist sich gewaltig. Wohl gibt es eine von Abnühl, Bergamt genehmigte Arbeitsordnung und es stehen darin auch hohe Strafen für die Arbeiter, falls sie den Bestimmungen der Arbeitsordnung nicht nachkommen, doch für die Werksdirektion selbst ist die Arbeiterordnung Luft. Ganz nach Willkür wird hier geschnitten und gewandelt. Man verlangt von den Bergarbeitern Treue, Biederkeit, Bescheidenheit und Unbescholtenheit nebst kräftigem Körperbau; hat er diese Fähigkeiten alle, dann wird er für würdig befunden, als ständiger Arbeiter ausgenommen zu werden. Der Arbeiter aber tut gut daran, nicht so viel Wert auf das Wort „ständig“ zu legen. Es kann ja mancher den Begriff zwischen Mein und kein verwechseln und er bleib „ständiger“ Arbeiter auf dem Bürger Wert, aber sobald ein Arbeiter eine freie Meinung äußert, aber Gebrauch vom Konstitutionsrecht macht, kann er nicht mehr „ständiger“ Arbeiter sein. Der Arbeiter kann noch so tüchtig und geschickt in seinem Fach sein, lieber kann er an Begriffsverwechslung leiden, als daß er sich dem deutschen Bergarbeiterverband anschließen darf. Auch bei der Beförderung in eine höhere Klasse wird einfach nach Willkür gehandelt. Die Qualifikation ist nicht maßgebend. Duzende von vorgekommenen Beispielen sind vorhanden, wo Leute befördert wurden, die es nicht der Arbeitsleistung wegen wurden, sondern ganz andere Gründe waren vorhanden. Strammes Militärverhalten und Ohrenbläser, welche ihre Kameraden genug beschämen konnten, gewissem den Vorzug der Beförderung. Doch wehe dem, der irgendwo eine freie Meinung äußerte, und sei der Arbeiter noch so tüchtig, er wird nicht befördert. Um die Klagen der Landwirte über die Leuten zu fördern, hat das Bürger Wert nicht. Obgleich man gewissentlich verbreiten läßt, daß auf jeden Schacht 100 Mann überflüssig seien, entnahm sie der Landwirtschaft 30-40 junge Leute, welche auf den drei Schächten zur Anweisung kamen. Heute verbietet das Bürger Wert seinen Arbeitern die gesetzliche Ausübung des Koalitionsrechtes, morgen verbietet man das Halten von bestimmten Zeitungen und so geht es weiter, bis schließlich vor jedem Arbeitspunkt noch ein Knüppel kommen wird. Schlimmer kann es nirgends sein in einem Betrieb, überall hat der Arbeiter ein freies Meinungsrecht über sein Tun und Lassen außerhalb seiner Arbeitsstätte. Aber auf dem Bürger Wert wird dem Arbeiter gesagt, das und d-s darfst du tun und nichts anderes, sonst flügel du aufs Straußenpflaster und wenn du noch so tüchtig bist in deinem Beruf, wir brauchen eine geübige, unterwürfige Arbeiterkraft, moderne Sklaven.

Steinkohlenbauverein Gotteslegen (Luga). Eine Unsitte, welche der Abänderung bedarf, ist die Art und Weise, wie hier das Ein- und Ausfahren der Belegschaft vor sich geht. Das Ausfahren richtet sich nach dem Einfahren. Niemand kommt aber in die Lage, mit dem ersten Gerüst einzufahren, selbst wenn er auch zuerst verlesen worden ist. Es gibt eine ganze Anzahl, welche sich vor dem Verlesen beim Steiger melden, um mit ihm dem ersten Gerüst einzufahren zu können. Da kommen Zimmerlingsgehilfen, Hundeshöher, Seilbahnbedienende und die sogenannten „Reklame“-Bergleute. Das sind solche, welche nach der Schicht noch anderswo sich Nebenbeschäftigung suchen. Wir werden später einmal die Namen der „Nimmerjäten“ bekannt geben. Auch könnte das Kontrollieren der Leitung in der Nachtschicht früh genug vorgenommen werden, damit das Ausfahren pünktlich begangen kann. Besonders zu kritisieren ist der Transport des Grubenholzes. Es wäre notwendig, daß die Holzzüge mehr den in Frage kommenden Reviere angepaßt würden. So muß zum Beispiel die Mannschaft auf dem elektrischen Haspelberg Nr. 2 ungefähr 200 Meter das Holz hinein-schleppen. Sehr oft geschieht dieses während des Betriebes. (Wir möchten die Kameraden aufmerksam machen, daß das letztere streng verboten ist. D. W.) Die Temperatur des Wadewassers ist oft eine so ungleichmäßige, daß darunter die Gesundheit der Belegschaft leiden muß. Weiß denn von diesen Uebelständen der Arbeiterausschuß von Gotteslegen nichts? Der Arbeiterausschuß ist verpflichtet, bei der Werkverwaltung vorzulegen zu werden und für Abänderung bestehender Uebelstände zu sorgen. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um denselben an seine Pflichten zu erinnern.

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Kleinroßeln. Auf dieser der Firma de Wendel gehörigen Grube herrscht eine sehr schlimme Gemütsstimmung. Der geringste Verdacht, daß ein Arbeiter im Verande ist, genügt und der Betroffene muß sein Käßel schürren. Beim Schichtwechsel werden häufig noch volle Pferdezüge aufgefahren; man jagt die Pferde mit den Züngen einfach unter die am Schacht angestellten Arbeiter, unbekümmert darum, daß dadurch Unfälle sich ereignen können. In Bredenberg, wo nachts Reparaturen vorgenommen werden, fördert man zu gleicher Zeit auch Kohlen heruuter. Das Wagennutzen steht auch f-hr im Flor. So wurden am 17. Dezember 20, am 18. 22, am 19. 21 Wagen gemulkt. Für die Bergarbeiter war das nur keine allzu schöne Weihnachtsbescherung.

Grube Röhling (Ngingen). Eine sonderbare Art von Prämien ist hier eingeführt, nämlich darauf, daß diejenigen Kameraden, die nichts gewinnst bekommen, ihren vollen verdienten Lohn ausbezahlt erhalten. Dies heißt man Prämie, wenn der Arbeiter bekommt, was er verdient hat. Doch sehen wir uns das Gegenstück dazu an: Werden einer Kameradschaft zehn Wagen (Wuket) im Monat gewinnst, so erhält er 15 Pfg. weniger pro Wuket, bei je weiteren zehn gewinnsten Wagen vermindert sich die Strafe, sodas bei zwei gewinnsten Wukets der Arbeiter 30 Pfg. weniger erhält usw. Da es nun ebenso unmöglich ist, reines Erz zu liefern, wie im Kohlengebiet ganz reine Kohlen, kann es einer Kameradschaft passieren, daß ihr die Hälfte vom Lohn abgezogen wird. Wie sind der Meinung, und hoffentlich mit uns auch die Kreise, welche es angeht, daß es ebensovwenig nutzhaft ist, ein solches System einzuführen, als im Kupfgebiet das Wagennutzen statthaft war. Deshalb hinweg mit diesen Ghyllsystemen. In den Kameraden aber liegt es mit, solche Auswüchse des Kapitalismus unschädlich zu machen, indem

se sich organisieren und den Herren zeigen, daß sie nicht gewillt sind, in Zeiten der schlechten Konjunktur alles über sich ergehen zu lassen.

St. Marie aus Ghene. In den Tagesblättern konnte man unlängst lesen, daß es mit der Konjunktur Gütte wieder besser geht; Aufträge seien eingelaufen und große Geschäfte seien wieder in Betrieb gestellt. Die freuten sich die Bergarbeiter von St. Marie aus Ghene, als sie die es lasen; hofften sie doch, daß auch ihreöhne etwas aufgebessert würden und das Hungerleiden endlich ein Ende habe. Doch der Bergmann denkt und der Betriebsführer lenkt. Statt zugelegt wurde abgenommen, fünf Prozent Lohnabzug für verschleierte Arbeiterkategorien werden es nun wohl fertig bringen, daß die armen Herren Grubenaktionäre der Nombacher Gütte die harte Zeit besser überleben können. Manche Kameraden meinen, der Lohnabzug sei bei der letzten Konferenz der Welken in Berlin beschlossen worden, soll doch auch, wie gemunkelt wird, ein Beamter von hier an dem gelben Verbrüderungsfest teilgenommen haben. Dann wäre es kein Wunder, wenn Lohnabzüge kommen, denn wo Lebnis und Compagnie regieren, ist Ruhe und Frieden eingeleitet, der Herr gelbe Referent spendet im Vremstafino zu St. Marie den braunen Stumpels, die sich gelb anstreichen ließen, Giftmübeln, parben, Cigaretten, weid den furor tonitruus, schlägt mit Worten alle Sozialdemokraten tot. Diskussion gibts ja nicht, und der Erfolg — fünf Prozent Lohnabzug! Kameraden von St. Marie, seht ihr endlich ein, wie weit es kommt, wenn ihr der Plage folgt, die in den Gesellschaften Tod und Verderben anzeigt! Heraus aus dem gelben Schmarozproverven, in Massen hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, zu euren Kampfgenossen, da ist eher Wagt, dahin gehet ihr, wenn dem Unternehmertum Widerstand geleistet und ihm etwas abgerungen werden soll.

Grube Reichenberg. Seit den schrecklichen Unglücken auf Zeche Radbod in Westfalen, in Ungarn und Nordamerika im vorigen Jahre, ist in weit größerem Maße die Frage der Arbeiterentschädigung für die Bergarbeiter ventilirt worden. Auch in Bayern, das allerdings nicht so reich mit Mineralien beglückt ist wie andere Länder, wurde zu den Petitionen der Bergarbeiter im Landtage Stellung genommen und ein erheblicher Teil der Wünsche der Bergarbeiter wurde einstimmig im Landtage angenommen. Leider stehen die Bergarbeiter immer noch vor der Türe und warten, bis auch der hohe Reichsrat sich endlich einmal aufrauft, den einstimmigen Beschlüssen der unteren Kammer die Sanktion zu geben. Freilich hegen wir Zweifel, ob im Reichsrate ebenfalls ein einheitliches Votum für die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter abgegeben wird; man hat ja schon gemerkt, wie es steht, als Vater Staat die Anschuldigungen verlangte. Nun wollen wir heute die private Industrie im Vergleich nicht verüben, sondern die staatlichen Gruben und Betriebe ansehen. Doch es hier Mißstände gibt, die unter allen Umständen gerügt und deren Abstellung verlangt werden muß, steht ohne Zweifel fest. Daß es um die Sicherheit der Vergleite nicht gut bestellt ist, beweist die auffallend große Zahl von tödlichen Unfällen, schweren und leichteren Verletzungen, so in Reichenberg und anderwärts. Schlagende Wetter, Wasser in den Strecken, schlechte niedere Strecken und dito Zimmerung, schlechte Ventilation und Wetterführung, und wo es nötig, gar keine Vorrichtung zur Verrieselung. Wurde doch in Reichenberg Hauern zugunsten, zur Verrieselung das Wasser 70 bis 80 Meter weit zu tragen. Schlechte Bedinge nehmen dem Hauer die Arbeitsfreude, denn mit solch unzureichend Lüftungssystemen verübert die unteren jungen strebsamen Arbeitern die Existenz. Daher auch die starke Plutuation der Belegschaft. Hier könnte man doch die Einrichtungen der oberbayerischen Steinkohlewerke nachahmen und sich nicht bloß auf das Einverständnis der Schwarzgen Witten und telephonischen Nachrichten-büro beschränken. Es ist ja richtig, daß eine Reihe von Hauern einen anständigen Lohn verdienen, die sogenannten Klingelstaben; dafür haben aber Förderer, Lehrhauer und sonstige Arbeiter einfach elende Lohnverhältnisse. Es wüßte geradezu aufreizend, wenn von seiten der Privatindustrie immer darauf hingewiesen wird: „Seht, Vater Staat zahlt noch schlechter eöhne!“ Und doch werden diese Leute demutter, man sucht sie von der Außenwelt hermetisch abzuschließen, sieht „Muschelnde“ nicht gerne und läßt großmütig einmal zu, wenn eine Zentrumsdeputation kommt, nicht etwa, um die Leute zur Organisation aufzurütteln, um ihre Interessen mit ihm vertreten zu können, sondern um einen katholischen Arbeiterverein zu gründen. Kommen wir wieder auf die Zustände in der Grube Reichenberg zurück, so könnte man doch annehmen, es sei die Vergnugsaktion auch noch da, um wenigstens den größten Mißständen entgegenzutreten. Leider fehlt es da; die Vergnugsaktion wird in vielen Fällen verweigert, oder auf solche Strecken gar nicht hingeführt. Und was für Konsequenzen für ein wahres Port oder eine Beanspruchung seitens eines Inspektionsassistenten entstehen können, das haben wir schon erleben müssen. Wir sagen, soviel Exekutive sollte und müßte ein tüchtig. Vergnugsassistent haben, damit er einem schlampigen, gewissenlosen Steiger oder höheren Grubenbeamten die beanstandete Grubenstelle sperren und einschließen könnte, bis wieder normale Sicherheit vorhanden wäre. Nach die Grubenkontrollen werden ein reiches Feld vorfinden. Aber auch an den Arbeitern liegt es, hier zuzugreifen, und nicht mit trägen Stumpfinn und Apathie die Zeit verloren gehen zu lassen. Wemander glaubt, er sei ein besserer Staatsbürger, weil er dem State seine Knochen zur Verfügung stellt, in Wirklichkeit ist er oft ärgerer Lohnslave als anderwärts. Der Staat als Arbeitgeber ist genau aus dem Sinne geschminkt als jeder private Scharfmacher, deshalb ein Fehler, ihn anders einzuschätzen. Überall regen sich die Staatsarbeiter, die Dienstboten organisiert man, wolle ihr Grubenrechte bleiben? Bergarbeiter, lernt die Zeit erfassen, es geht nicht mehr ohne Organisation. Schlige dich und die deinen, und schließe dich dem deutschen Bergarbeiterverbande an.

Saar und Moselgruben (Schacht V). Trotz der amtlichen und außeramtlichen Verurteilung während des Streiks auf diesem Schacht, daß keine Gefahr bestände, hat man am 19. Dezember wieder einige Bergarbeiter, die von Stücken verübt worden waren, zutage schaffen müssen. In der Grube fehlt es gänzlich an Verbandsstoffen. Uebelstake soll es nicht viel besser aussehen. So konnte kürzlich einem Arbeiter, der sich die Finger gequetscht hatte, erst nach einer halben Stunde ein Verband angelegt werden. Trotzdem ein Krankenwagen vorhanden sein soll, hat man Kranke auf einem zweiwändigen Lämml nach Hause transportiert.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Prozeß Spaniol!

Nun ist das ganze Schwindelgebäude elend zusammengekracht! Von Heinen, Spaniol und ihren Freunden aus fing's an, dann zogen sich die Kreise weiter. Wer die Neben christlicher Gewerkschaftsführer in allen Bezirken Deutschlands vor Monaten gehdrt hat, wer die christliche Gewerkschaftspresse las, die Zentrumsorgane und andere Blätter verfolgte, dem wird sich heute doch die Frage aufdrängen: Wie ist es möglich, daß man auf einen Perionenkreis derartigen Schmutz und Verleumdungen abladen konnte, ohne als Bewe's für solch schwere Beschuldigungen mehr in der Hand zu haben, als bloße Vermutungen und Verdächtigungen von Leuten ausgehend, die sich aus irgend einem Grunde heraus vergrößert fühlten. Man hätte die Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer und der hinter ihnen stehenden Organe noch verstehen können, wenn sie aus eigener Ueberzeugung heraus den Verbandsvorstand hätten treffen wollen, oder daß sie das Recht zu einem Siege hätten verheßen wollen. Nichts von alledem. Härte man ehrlich sein wollen, dann hätte man auch das, was der Vorstand des Bergarbeiterverbandes zu seiner Rechtfertigung äußerte, mit in Berücksichtigung gezogen. Man hätte sich sagen müssen: Solche Beschuldigungen tragen den Stempel der Lüge gleich an der Stirn. Und wenn sich auch nur die Hälfte der Beschuldigungen als wahr herausgestellt, daß dann die Verbandskameraden selbst Remedur grasaffen und mit dem Verbandsvorstand aufgeräumt hätten. Die Beschuldigungen gegen die Verbandsleitung treffen darum die Kameraden mit. Aber mehr noch: Was auch der Vorstand und das Verbandsorgan zu ihrer Rechtfertigung schreiben, alles wurde beiseite geschoben, ignoriert, verlacht, verhöhnt! Der Verbandsvorstand drohte mit Klagen vor den Gerichten, tief diese auch an. Aber was half es? In den christlichen Versammlungen und in Flugblättern — vor uns liegt das Flugblatt des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter: Der Fall Wehrens — wurde gerig weiter kolportiert. Der Verbandsvorstand sei das indirekte Nordes an höherem Verbandsangehörigen schuldig, im Verbands seien Unterschlagungen

gemacht. 10000 Mark hätten in der Verbandstasse gefehlt. Die Verbandsgestellten wären den streikenden Ruhrbergleuten mit dem Revolver — mit Wunddrücken in der Hand entgegengetreten. Um Bergarbeiter besser niederzuschlagen zu können, hätten Scheibenschleichen im Verbandsbüro (Kassenschein). Der Verbandsvorstand habe Bergleute mit Strafensträubern auf eine Stufe gestellt usw. usw.

Das sich die blutigste Phantastie erlumen konnte, wurde als lauterer Wahrheit hingestellt, in verfeinerter und niedriger Weise wurden dem Verbandsvorstand die schlimmsten Dinge nachgesagt und weiter verbreitet, ohne erst abzuwarten, was sich als wahr herausstellte. So handeln nur Menschen, denen es nur darauf ankommt, den Gegner zu treffen nach dem bekannten Grundsatze: Es bleibt schließlich doch etwas hängen! Was ist die Folge? Eine große Anzahl christlicher Gewerkschaftsorgane und solche Organe, die dem Verbandsrat noch jederzeit etwas anzuhängen versuchten, wie auch christliche Gewerkschaftsführer werden sich jetzt vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Sie, die sich in den Verbandsämtern vor christlichen und anderen Arbeitern in der Pose der „Retter der Unschuld“ zeigten, die mit Sarkasmus und Schadenfreude die Bergarbeiter aufforderten, gegenüber dem Verbandsvorstand ihre Ehre zu wahren, sie stehen nun da mit leeren Händen! Ein unaussprechliches Gefühl erfaßt uns, wenn wir daran denken, daß dieselben Leute es sind, die dasgebotene Hände zurückstrecken und die Beteiligung an einem Kongreß ablehnen, der zum Nutzen aller Bergarbeiter dienen soll, weil sie sich als die Träger der christlichen Gewerkschaftsbewegung „beschimpft“ fühlen.

Der Verbandsvorstand vergaß alles und vergaß, um den Bergleuten zu dienen. Die Herren, die sich Christen nennen, wollten nichts davon wissen. Sonderinteressen stellten sie vor Allgemeininteressen. Nun, so sei es! Der erste war Heinen, der vor Gericht kam. Er gab die Erklärung ab, daß er dem Verbandsvorstand nichts ehrenrühriges nachzulegen habe. Der Verbandsvorstand war mit ihm fertig und ließ ihn, weil Heinen schließlich nicht aus sich selbst heraus zu den Verdächtigungen gekommen war, laufen. Dann kam Spaniol an die Reihe. Von ihm aus mußte der Beweis für die Beschuldigungen kommen.

Wir suchen in dem uns vorliegenden Stenogramm die Beweise vergeblich. Rein, Spaniol revidierte, erklärte die Berichte im „Bergknappen“ und den übrigen Zeitungen für unwahr und übertrieben. Er lehnte es ab, die Verantwortung für diese Berichte zu tragen. Und er tat gut daran. Würde ihm an Gerichtsstelle doch klar gemacht, daß er nicht auch Heinen auf Platz und Straß hin ihre Angriffe gegen den Verbandsvorstand erfolgen lassen. Wie leicht hätten die Weiden bei ruhiger Ueberlegung den Dingen auf den Grund gehen können, ehe sie sich zu Schritten hinreißen ließen, die die Entlassungen zur Folge haben mußten. Wir sind leider nicht in der Lage, die Prozessverhandlungen heute zum Abdruck zu bringen; das werden wir nachholen, soweit der Raum unserer Zeitung es zuläßt (der stenographische Bericht über diese Verhandlung, die am 19. Januar, von 10 1/2 Uhr früh, mit Unterbrechung durch die Mittagspause, bis nach 10 Uhr abends dauerte, ging uns kurz vor Redaktionsschluß zu. D. R.). Für heute sei gesagt, daß Spaniol zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Sachse, gegen den wegen formeller Verleumdung in seiner Abwehr gegen Spaniol Ueberklage erhoben worden war, zu 20 M. 1/2 der Gerichtskosten trägt Spaniol, 1/2 Sachse.

Weitere Maßregelungen von Knappschaffstassen-Vertretern.

Durch Telegramme vom 23. Januar wird uns aus Ungarn (Sachsen) berichtet, daß sämtliche Kassenvertreter der Kaisergrube in Gersdorf, darunter der Arbeiterausschuß, entlassen wurden. Es handelt sich um 14 Kameraden. Das Recht der Arbeiter, Männer ihres Vertrauens als Knappschaffstasse oder Krankentassenvertreter zu wählen, wird von den Grubenbesitzern mit Füßen getreten. Schon liegen eine Anzahl Arbeitervertreter auf dem Straßensplaster, aber die Maßregelungen hören nicht auf. Die Herren Grubenbarone pfeifen auf alles, sie maßregeln lustig weiter. Und die Befehle, die zwar verlangen, daß die Arbeiter ihre Pflicht, Vertreter zu wählen, ausüben müssen, schühen die Gewächsten nicht. Wir haben es in Deutschland wirklich weit genug gebracht. Die preussische Regierung wird nicht umhin können, diese Praxis der Grubenbesitzer, die sich auch im Ruhrbecken, im rheinischen Braunkohlenrevier sogar den christlichen Arbeitervertretern gegenüber breit macht, bei Einführung der Arbeiterkontrollen in Berücksichtigung zu ziehen. Wir lehnen es ab, das Verhalten der Grubenbesitzer an dieser Stelle gebührend zu würdigen. Der Kongreß in Berlin wird zu der Frage dieser Maßregelungen Stellung nehmen. Aber nicht nur der Kongreß. Den Weg werden wir schon finden und finden, um dem brutalen Vorgehen sächsischer Werkskapitalisten eineniegel vorzusetzen. Das mögen sich die Herren merken, die allzulebend mit dem Feuer spielen. Wir ersuchen unsere sächsischen Verbandsmitglieder, jetzt mit Sporn und zu arbeiten, daß auch der letzte Mann sich organisiert. Das ist die nächste Antwort, die wir den Herren geben müssen. Das andere wird sich finden.

Die Bevormundung der Witwen von Radbod.

Die Witwen von Radbod werden von dem Zentralhilfskomitee, von welchem die Sammlungen geleitet wurden, in der schlimmsten Weise bevormundet und die gesammelten Gelder werden ihnen vorenthalten. Mit dieser Angelegenheit hat sich schon eine frühere Versammlung der Witwen beschäftigt und wurde am 21. Januar in Hamm von ihnen eine zweite Versammlung abgehalten, in der fast alle Witwen erschienen waren. Infolge der Verschleppungstaktik des sogenannten „Zentralhilfskomitees“ war diese Versammlung besonders erregt und leidenschaftlich. Neben der Trauer lag Mut und Entschlossenheit, aber auch Grimm und Sorge auf den Gesichtszügen der armen Frauen. Ihre erste Zusammenkunft vom 8. Januar brachte die Unterhaltungsfrage, die bis dahin stagnierte, endlich in Fluß. Die Versammlung kann es sich als Verdienst anrechnen, daß die 30000 Mark, die der Kronprinz und dessen Frau sammelten, ausgezahlt worden sind, und daß das Zentralhilfskomitee in Münster sich endlich mit der Verteilungsfrage beschäftigt hat. Aber mit der Verteilung der Kronprinzengelder, die am letzten Samstag dem gegenständlichen Arbeiterausschuß übergeben worden ist, und die nach bürgerlichen Methoden pro Witwe und Kind 190 oder 250 Mark vorstieß, sind die Witwen nicht einverstanden. Vor allem nicht, daß das festgelegte Geld der Kinder erst mit der 6. Märzfrist ausgehändigt und für sie (die Mütter) gesperrt sein soll.

Besonders erregend waren die Ausführungen verschiedener Witwen in der zweiten Versammlung. Witwe Krawanija fordert die Witwen zur Einigkeit und zum festen Zusammenhalten an. Sie kann die Absicht des Hilfskomitees, den Witwen das Geld der Kinder zu sperren und ihnen nur die gleichen Beträge wie den Kindern zu geben, nicht verstehen. Die Witwen seien keine Verschwenker und alt genug, um das gesammelte Geld selbst verwalten zu können. Es sei nicht mehr wie es recht und billig, daß die Mütter mindestens dreimal soviel wie die Kinder bekommen. Es sei geradezu empörend, daß die Herren Steiger wiederholte solche Witwen unterdrückt haben, von denen sie wissen, daß diese und deren tote Männer nicht organisiert und nicht Leser der „Arbeiter-Zeitung“ waren. Rednerin wird von der Zeche Haus- und Zechen direkt verweigert resp. ein ungewöhnlich hoher Preis abgefordert worden, weil sie in der ersten Versammlung für das Recht der Frauen von „Radbod“ eingetreten ist. Das könne ihr doch wohl nicht verboten werden, nachdem ihr Mann mit seinem drei Wäbern durch den Brand in der Zeche der Radbod-Zeche einen so schrecklichen Tod gefunden hat. Sie fordere nur, daß die Hinterbliebenen von dem gesammelten Gelde so unterstützt würden, daß sie nicht zu betteln brauchen.

Witwe Ostermeyer schließt sich den Ausführungen an, trägt einen Fall vor, nachdem ein Pastor 1000 Mark zur Verteilung bekommen

habe. Es sind aber nur solche Witwen von ihm unterstützt worden, deren tote Männer nicht freigezwangschaftlich organisierten waren, und die selbst fromm und nicht verdächtig waren. (Stürmische Entrüstungsrufe). Eine andere Witwe sagt in schlichten, aber zu Herzen gehenden Worten, daß sie schon dreimal soviel wie die Kinder haben müßten, weil diese unendlich viel Mühe und Geld kosten. Nachdem der Kapitalismus ihre Männer auf dem Schlachtfelde der Arbeit hingemordet habe, wolle man sie mit nichtstehenden Worten und einem Zuckerbrot abspeisen. In ergreifender Weise schildert sie das Leben der waisen Kinder und ihr eigenes trauriges Los.

Kamerad Polozny-Buchum bezeichnet es als völlig falsch, wenn jetzt schon ausgerechnet werde, wieviel auf jede einzelne Witwe von dem gesammelten Gelde entfallen. Es sei jetzt lediglich Aufgabe der Witwen, mit in das Verteilungskomitee zu kommen. Auch er bezeichne es als unerbittlich, daß schon von verschiedenen Seiten Geld verteilt wurde, wo doch eine einheitliche Unterhaltungsaktion nötig sei. Er bedauere, daß in der ganzen Angelegenheit von Parteipolitikpunkten aus geteilt wird, wo es sich doch um eine reine Unterhaltungsfrage handelt. Aber daran seien die Witwen nicht schuld. Die Verhältnisse sind von den Streifen entsetzt worden, die das gesammelte Geld mit der Parteiliste (sozial Solidarisität) bekunden, auch andere die durch die Katastrophe in Not und Elend gekommen sind, unterstützt zu sehen. Redner schlägt vor, daß zunächst jede Witwe eine bestimmte Geldsumme bekomme, mit der sie sich einige Wochen über Wasser halten kann. Inzwischen müßte das Hilfskomitee nachsehen, was es bisher verstimmt. Er kritisiert das Hilfskomitee die berechtigten Wünsche nicht, müsse es sich auch solche erregte, leidenschaftliche Frauenversammlungen weiter gelassen lassen. Die Zeche Radbod sollte sich bei der Verteilung der Spenden eigentlich zurückziehen. Radbod sei ein Name, den man möglichst selten hören sollte. Ueber Radbod sind ja die Ältern noch nicht geschloffen. Die Frage der Unterstützung könnte nur zufriedenstellend gelöst werden mit dem Einverständnis der Witwen.

Nach weiterer eingehender Debatte, an der sich auch noch eine Anzahl Witwen beteiligten, fanden nachstehende Resolutionen Annahme:

1. Resolution. Die heute in Hamm stattfindende Versammlung der Witwen von Radbod spricht ihr Mißfallen darüber aus, daß noch immer keine Leute ihres Vertrauens in das Verteilungskomitee hinzugezogen sind. Die Versammlung sucht deshalb mit allem Nachdruck, mindestens sechs von den hinterbliebenen Witwen und je einen Vertreter der freien politischen, christlichen und sozial-demokratischen Bergarbeiterorganisationen hinzuzuziehen. Inzwischen ersucht die Versammlung das Hilfskomitee dringend, einstweilen jeder Frau einen größeren Betrag als vorläufige Abschlagssumme zu zahlen, und darauf zu drängen, daß die Unterhaltungsfrage recht bald eine entgeltliche und zufriedenstellende Regelung erfährt.

2. Resolution. Die am 21. Januar 1909 im Lokale des Wirts Höner zu Hamm tagende, von circa 200 Frauen und Müttern der auf Zeche Radbod am 12. November 1908 Verunglückten besuchten Versammlung erklärt, daß sie sich mit dem Vorschlage der Zechenverwaltung, resp. des Arbeiterausschusses betreffs der Verteilung der von dem Kronprinzengeld gesammelten 30000 Mark nicht einverstanden erklären kann. Nach dem Vorschlage obiger Korporationen soll auf die Frau oder Mutter kein größerer Anteil fallen, als auf das Kind. Aus mit Kindern auf eine gleiche Stufe stellen zu lassen, müssen wir aber zurückweisen, aus Gründen, die wir bereits in der vorigen Versammlung durch unsere Resolution zur öffentlichen Kenntnis gebracht haben. Daß für unsere Kinder ein bestimmter Betrag festgelegt werden soll, halten wir für zweckentsprechend und selbstverständlich. Da aber die Frauen und Mütter von der Not, dem Elend und Schmerz in weit höherem Maße und viel härter getroffen sind, als die Kinder, erfordert es doch wohl die Gerechtigkeit, den Frauen und Müttern etwa den dreifachen Betrag, der auf die Kinder entfällt, zu Teil werden zu lassen. Da eine ganze Anzahl von Frauen kinderlos, auch kränzlich sind, nur eine Monatsrente von 22 bis 25 Mark beziehen, folglich auch am bestbefähigten sind, würden diese Frauen, wenn die Verteilung nach dem oben zitierten Vorschlage vor sich gehen sollte, geradezu der Not und dem Elend preisgegeben. Dies dürfte aber kaum mit der Absicht der Spender, auch nicht mit der öffentlichen Meinung in Einklang zu bringen sein, da der Zweck der Spende, doch der ist, Elend und Schmerz zu lindern. Wir appellieren daher nochmals an die Öffentlichkeit und bitten die Spender, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Verteilung der Gelder nach unserem beschriebenen Vorschlage geschehen möge resp. daß dem Zentralhilfskomitee diesbezügliche Anweisungen gegeben werden. Nachdem die Anträge des Verbandes der Bergarbeiter, organisierte Bergleute bei der Verteilung mitwirken zu lassen, abgelehnt sind, ist das Verlangen von uns, Frauen bei der Verteilung der Gaben mitwirken zu lassen, wohl nicht zu weitgehend.

Nach Annahme dieser Resolutionen werden die Witwen Krawanija, Ostermeyer, Fichte, Wiener, Dura und Reinhardt als Vertrauenspersonen gewählt. Ferner wird beschlossen, die Resolutionen dem Hilfskomitee zu unterbreiten, das am 22. d. M. in Münster zusammentritt. Die Kameraden Polozny und Seifeld werden beauftragt, die Wünsche der Witwen dem Hilfskomitee in Münster und dem Oberbürgermeister von Hamm vorzutragen. Weiter fordern die Witwen, daß bei Vergütung der Leichen die Arbeiten unparteiisch überwacht werden und daß man den Witwen die Reste noch vor der Beerdigung zeigen soll.

Kamerad Hoffeld ist nun inzwischen dem ihm gewordenen Auftrag nachgekommen. Er wandte sich an den Oberbürgermeister von Hamm, eine der maßgebenden Personen des Hilfskomitees, und überreichte diesem die von der Witwen-Versammlung angenommenen Resolutionen. Raum aber hatte dieser einige Zeilen gelesen, als er auch schon die Resolution mit dem Bemerkten zurückgab, er würde diese Forderungen der Witwen dem Hilfskomitee nicht unterbreiten. Er spreche den Witwen das Recht ab, in die Tätigkeit des Komitees hineinzureden. Wörtlich sagte der Herr „Ober“ hinzu: „Sie haben zu uns kein Vertrauen und wir haben kein Vertrauen zu Ihnen.“ Als Hoffeld darauf entgegnete, wenn die Witwen einige Vertrauenspersonen aus ihren Reihen in das Verteilungskomitee haben wollen, so trage die Schuld an diesem Verlangen nur das Komitee mit seiner Verschleppung der für die Hinterbliebenen eingegangenen Gelder. Den Arbeitern verweigere man aber überall das Mitbestimmungsrecht. Die Herren vom Komitee fordern, daß die Arbeiter zu ihnen Vertrauen haben, die Arbeiter aber können es anfangen wie sie wollen, selbst wenn sie nur mit Erwartungen und Wünschen an das Komitee herangetreten, werden sie kurzerhand abgewiesen. Aber solange die Herren in dem Arbeiter vor den Knecht stehen, der sich nicht rühren soll, können die Herren auf Vertrauen der Arbeiter nicht rechnen. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß er Hoffeld nicht für kompetent halte, im Namen der Bergarbeiter und Witwen zu sprechen. Er sei ja nur von einem Teil der Bergarbeiter angestellt. Der Oberbürgermeister mußte darauf zugeben, daß auch er nur von einem geringen Teil der Hammer Bürgerschaft angestellt ist und wiederholt im Namen der Bürger von Hamm gesprochen habe.

Als dem Oberbürgermeister gesagt wurde, es handle sich hier nicht um Personen oder Klassengegenstände, sondern um die Verteilung des für die Witwen gesammelten Geldes, blieb dieser so kalt wie vorher.

Die öffentliche Meinung, und alle, die für das kriegensunkel Geld gegeben haben, erschauern hieraus, wer den Frieden und wer den Unfrieden will. Es ist unerhört, daß man bei der Verteilung die von den Witwen gewünschten Vertrauenspersonen, die die Familienverhältnisse nicht nur besser kennen, sondern auch Ungerechtigkeiten bei der Unterstüzung zu verhindern wissen, übergehen will. Ueber dieses schreiende Unrecht muß sich selbst ein Gemüt mit Schafsgeduld empören. Wie jetzt feststehen können die Witwen das für sie gesammelte Geld nicht in die Hand. Man bevormundet sie, solange ein Fennig von diesem Geld übrig ist, denn das sogenannte „Zentralhilfskomitee“ hat am 22. Januar unter dem Vorhange des Oberpräsidenten von Westfalen beschloffen, den Witwen und Waisen Jahresrenten auszusetzen. Auf die Witwen entfallen pro Jahr 61139 M., auf die Kinder 132930 M. und auf die Mütter und anderen Angehörigen in aufsteigender Linie 1618 M. Im ganzen sind für die Hinterbliebenen der auf „Radbod“ verunglückten Bergarbeiter 1 674 669 M. eingegangen.

Radbod.

Immer näher rücken wir dem Zeitpunkt entgegen, wo die Bergarbeiter der Leichen auf Radbod beginnen können. Die Öffentlichkeit hat bisher ein reges Interesse gezeigt an dem Fortgang der Auspumpungsarbeiten und dieses Interesse dürfte sich noch steigern, je mehr man mit der Auspumpung des Wassers fortschreitet. Auch wir sind an der Entwicklung der Dinge interessiert. Uns kann es nicht gleichgültig sein, was fernherhin auf Radbod geschieht. Bekanntlich hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ sofort nach dem Unglück eine sehr weite

Anlage material gegen die Bergbehörde wie gegen die Zechenverwaltung veröffentlicht. Für das, was wir da geschrieben haben, stehen wir ja jederzeit ein. Aber uns liegt daran, zu erfahren, wie es auf Radbod aussah, vor und während des Unglücks. Freilich werden manche Spuren über die einzelnen Ursachen sich inzwischen verwischt haben, immerhin aber dürfte bei einer Nachkontrolle, die sofort bei Inangriffnahme der Bergungsarbeiten eingesehen hat, die Lage zu überhellen sein. In erster Linie wird die Bergbehörde wie die Zechen Nachforschungen anstellen können, wo die Ursachen des Unglücks lagen und gleichzeitig, ob noch Bergleute nach Umsiedlung des Schachtes nach der Katastrophe lebten. Wir sehen, es handelt sich um Sachen von großer Wichtigkeit. Nun aber sind Bergbehörde wie Zechenverwaltung bei der Katastrophe schwer belastet worden und sie sind — sagen wir es heraus — direkt als die angegriffene Partei daran interessiert, daß die Anlagen gegen sie erschüttert werden, was menschenlich ja leicht begreiflich ist. Aber nicht nur die Bergbehörde wie die Zechenverwaltung ist Partei, auch wir, die wir die Aufschuldigungen stühten mit erheblichem und durchschlagendem Beweismaterial, wodurch man den Ursachen der Tiefenkatastrophe näher auf den Grund kam. Wir haben bisher eine Ueberlegung nicht gefunden, was wir ganz besonders hier betonen wollen. Uns sind aber nun inzwischen eine ganze Anzahl weitere Feststellungen über den eventuellen Herd der Katastrophe, wie über deren Verbreitungsurachen zugegangen, die in uns den Wunsch haben auskommen lassen uns an Ort und Stelle über den Zustand der Zeche zu orientieren, um nachträglich in der Lage zu sein, über den vorgefundenen Zustand der Zeche Radbod der Öffentlichkeit das Notwendige unterbreiten zu können. Wir gehen von dem Grundsatze aus, daß wenn den Beschuldigten Gelegenheit gegeben wird, an Ort und Stelle für sich die Unterstüzung zu betreiben, das selbe Recht wohl auch dem Ankläger zusteht. Beide Parteien sollen feststellen können, was die Wahrheit über Radbod ist. Das Unglück ist zu groß, als daß wir uns mit Unterstüzung zufrieden geben können, wie sie bei früheren Katastrophen vor sich gingen. Wir verlangen nichts mehr und weniger von der Regierung bezug, von den ihnen unterstellten in Frage kommenden Behörden, daß uns mit Gelegenheit gegeben wird, die Bergungsarbeiten zu überwachen, wie den Grubenzustand zu erforschen. Die Witwen von Radbod haben als die Mitbeteiligten diesen Wunsch auch ausgesprochen und viele Kreise der deutschen Bevölkerung dürften sich ihnen hier zur Seite stellen. Wir hoffen, daß also dem Wunsch die Rechnung getragen wird, daß wir bei den künftigen einschlägigen Arbeiten und Untersuchungen die zur Klärung der Ursache der Katastrophe beitragen werden, mit herangezogen werden.

Sind die Grubenbeamten vogelfrei?

Es gibt wohl keine Rede in Deutschland, die soviel und so unheimlich von sich reden macht, wie die Unfallsache Borussia. Die Klagen und Beschwerden der Arbeiter über schlechte Behandlung, ihrer Nichtbeachtung der bei polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen hören gar nicht auf. Die unhaltbaren Zustände auf Borussia haben schon 1908 zur einer Schlagwetterexplosion geführt, der sechs Bergarbeiter zum Opfer fielen. Dieses Unglück hatte einen Prozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ zur Folge, in welchem geradezu skandalöse Zustände enthüllt wurden. Auch aus Anlaß der Brandkatastrophe 1906, wobei 89 Bergarbeiter getötet wurden, erfuhr die „Bergarbeiter-Zeitung“ die schmerzlichen Anklagen über die auf Borussia herrschenden unerbildlichen Zustände. Diesmal zog man es jedoch vor, gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht den Klageweg zu beschreiten, trotzdem diese häufig aufforderte, man solle ihr Gelegenheit geben, für ihre Anklagen den Beweis zu erbringen. Anschließend hatte man in dem Prozeß 1890 die Nase voll bekommen und wählte darum jetzt den besseren Teil der Tapferkeit. Trotz unserer fortgesetzten scharfen Kritik, haben sich aber die Verhältnisse noch immer mehr verschlimmert, unsere Kritik wurde einfach ignoriert. Nicht einmal eine sogenannte Verichtigung, die doch so billig ist wie Brombeeren, hat man an uns verschwendet, jedenfalls weil man befürchtete, damit den Stein noch mehr ins Rollen zu bringen.

Aber nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten leiden unter den auf Borussia bestehenden unhaltbaren Verhältnissen. Das Regier. nach dem auf Borussia gewirtschaftet wird, hat ja der als Gutachter im Borussia-Prozeß benannte Direktor Raubdröck in die „Masse“ Worte geäußert: „Man treibt doch nicht Vergeltung, um Mißfälle zu verhindern, man will doch auch Kosten fördern.“ Schon seit längerer Zeit besteht auf Borussia zwischen dem Grubeninspektor Röhler und dem Steigerpersonal eine starke Spannung, die am 20. d. M. zur Entlassung der Steiger führte. Daraus wurde die äußerste schlagwettergefährliche Grube mit einem Schlage von ihrem technisch gebildeten Personal entblößt, trotzdem ließ man die Versteigerung ausfahren. Wie Inspektor Röhler das wagen konnte, ist uns völlig unverständlich. Noch unerklärlicher aber ist es uns, daß ein Mann, der in so unerhörter Weise vorgeging, auch nur eine Minute länger auf seinem verantwortungsvollen Posten bleiben konnte. Wo war da die Bergbehörde, welche über die Sicherheit der Gruben, über das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu wachen hat? Soll Herr Röhler etwa mit anderem Maße gemessen werden, wie jeder Unterbeamte oder Arbeiter? Ueber keinen Beamten haben die Arbeiter schon soviel Klagen geführt, wie gerade über Grubeninspektor Röhler. Dieser war zurzeit des Brandunglücks 1906 noch Betriebsführer, ist aber dann zum Grubeninspektor aufgerückt. Die schon seit längerer Zeit bestehende Spannung zwischen ihm und dem Steigerpersonal führte auch zu der vor drei Monaten erfolgten plötzlichen Entlassung des Betriebsführers Galt. Seit der Zeit steht Herr Röhler dem Amt des Grubeninspektors und des Betriebsführers allein vor; daneben versieht er auch die Arbeiten des vor einiger Zeit verstorbenen technischen Direktors.

Den Steigern war nun ein bezarr hoher Soll aufgegeben worden, daß nur noch der Steiger Grote ihn zu erreichen in der Lage war, was auf die guten Verhältnisse zurückzuführen war. Daß der Soll nicht annähernd die mittlere Leistungsfähigkeit der Reviere abschätzte, geht daraus hervor, daß der genannte Steiger eine Ueberförderung von einigen hundert Wagen umweisen konnte. Als nun ein großer Teil vom Reviere des Steigers Grote abgebaut war, war auch er nicht mehr in der Lage, das vorgezeichnete Förderquantum zu liefern. Im Laufe der vorerwähnten Woche wurden nun die Steiger zur Strafe gemaßregelt, wie die Grube geschick. So soll montags verfahren sein. Als am Montag den 18. Januar wieder keiner den Soll erreicht hatte, hieß es wieder: „Zur Nachmittagschicht zurück, eine Strafschicht verfahren!“ Geduldig, um ja ihre Stellung nicht zu verlieren, folgten die Steiger dem Befehl. Am Dienstag war wieder der Soll nicht erreicht. Es erfolgte der bei garstige Befehl: „Heute nachmittag wiederkommen!“ Die Beamten waren aber durch die fortgesetzten Treiberien — man muß berücksichtigen, daß sie auch noch eine große Menge christlicher Arbeiter zu erledigen haben — so abgehört, daß sie sich dem Befehl einfach widersetzen. Sie erschienen erst am Mittwoch morgen zur Schicht. Als der Grubeninspektor dies erfuhr, trat er auf die Steiger zu und sagte: „Heraus, meine Herren! Ihr könnt Euch alle die Entlassung holen!“ Dann sprach er zum Ankläger gemeindet: „Lassen Sie mir keinen Steiger herein, sonst werde ich Sie bestrafen!“ Die Wirkung dieses Befehls war so genau befolgt, daß sogar zwei Aufbegehren des Unternehmers Kreuze die Aufsicht verweigerte wurde. Die beiden haben ihre Schicht in der Markendube „abgelesen“.

Am Donnerstag morgen hat dann der Herr Inspektor — auf welche Anweisung bleibt dahingestellt — die beiden Steiger Hängel und Grote zur Arbeit rufen lassen. Diese beiden sind zur Nachmittagschicht angefahren. Zur Nachtschicht fuhr dann der Steiger Drevermann an, mußte aber sogleich wieder eine Ueberlicht verfahren.

Aber nicht nur auf Borussia, sondern auch anderswo, springt man herart mit den Steigern und Arbeitern um. Das Soll- und Prämien-system führt zu einer immer schlimmeren Antreiberei. Die Arbeiter werden von den Steigern, die Steiger von den völlig unverantwortlichen Fahrsteigern und Obersteigern und diese wieder von den Betriebsführern und Direktoren angetrieben und diese wieder stehen unmittelbar unter der Peitsche des Kapitals. So ist jetzt auch der Direktor Bogelmann von den Saar- und Woselgruben (Stinneszechen) gemaßregelt worden, weil er das ihm gestellte „Soll“ nicht fördern konnte.

Herr Bogelmann hat sich bei Uebernahme seiner Stellung für die Erreichung eines bestimmten Soll verpflichtet. Vorsichtigerweise hat man ihn erst auf Probe angestellt, um zu sehen, ob er das vorgeschriebene Soll fördern könne. Alles Antreiben hat aber Herrn Bogelmann nichts gehöhrt und nachdem seine Probezeit — einige Monate — abgelaufen ist, muß er wieder gehen. Kapital sucht sich einen anderen Antreiber, bis es den gefunden hat, der gewissenlos und rücksichtslos genug ist, alles daran zu setzen, um den Profit zu vergrößern. In den Rahmen des Vorstehenden paßt auch folgender Bericht, der uns von durchaus zuverlässiger Seite von Zeche Neudöln zugeht: Am 11. Januar beschimpfte der wegen seiner Rücksichtslosigkeit bekannte Hagensteiger Heinrichsbauer einen alten erfahrenen Reviersteiger vor einer großen Anzahl von Arbeitern und Beamten in der unerbittlichsten Weise. Er nannte ihn erbärmlicher Lump, Betrüger und infam

Wagner: du Hund bist nicht wert, daß du noch länger hier als Steiger bleibst. Diese ungläublichen Beschimpfungen waren die Folge von Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Steiger und Fabrikarbeiter entstanden waren. Als der Stempel und die Anweisung der Arbeiter zu groß wurde, nahm man den alten Meistersteiger mit ins Betriebsführerzimmer, wo der Stempel dann bei verschlossenen Türen seinen Fortgang nahm. Für die Aufsehenden hörte es sich an, als ob da drinnen das Unterste nach oben gesetzt würde.

Was sagt zu diesen Vorgängen die Bergbehörde? Was sagt dazu vor allen Dingen die öffentliche Meinung?

Die Annenmärchen des „Zentrumsknappen“.

Jede Nummer des „Zentrumsknappen“ ist gespickt mit allerhand Anklagen gegen die Annenmärchen über die „Moritaten“ der „roten“ Genossen. Das sind wir nun schon seit Bestehen des „Zentrumsknappen“ von ihm gewohnt und haben uns mit dieser Lausage abgefunden. Brust redigierter den „Zentrumsknappen“ bekanntlich nach dem Rezept: Ich weiß, daß die Verbandsleiter eitel sind, aber es ist mein Geschäft, sie zu verächtlichen. Was hat Brust ja gegangen, aber die Aufgaben des „Zentrumsknappen“ sind dieselben geblieben und so muß er auch in seinem Geiste weiter redigiert werden. So berichtet er in seiner vorletzten Nummer von Katernberg, daß dort mehrere Verbandsmitglieder ihren Schwiegervätern in den Verband gezwungen hätten mit der Drohung, daß sie sonst im Falle seines Todes nicht mit zu seiner Beerdigung gehen würden. Wenn der „Zentrumsknappe“ seine Nase einmal in unser Verbandsstatut stecken wollte, würde er finden, daß Mitglieder, die über 50 Jahre alt sind, nicht mehr in den Verband aufgenommen werden. In dem Fall, um den es sich hier zu handeln kann, ist der Betroffene aber schon 50 Jahre alt und erst drei Jahre Mitglied des Gewerkschafts. Interessant ist, daß der Mann mit 55 Jahren noch in den Gewerkschaft aufgenommen wurde; trotzdem das Gewerkschaftstatut ebenfalls die Bestimmung enthält, daß Mitglieder, die über 50 Jahre alt sind, nicht mehr aufgenommen werden können. Im vorigen Jahre traten auch in Katernberg viele Mitglieder des Gewerkschafts zum Verband über. Bei der Gelegenheit erhielten wir Mitgliedsblätter von 18 bis 22-jährigen Kameraden, welche nur 10 Wfr. Wochenbeitrag zahlten. So führt also der Gewerkschaft die Bestimmungen seines Statuts und seine Generalversammlungsbeschlüsse durch.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Königlicher christlicher Gewerkschaft.

Die M.-Gladbacher Arbeiterzersetzer und Drahtzieher stellen sich stillos entzweit, wenn ihnen eine Protektion ihrer „Gewerkschaften“ durch das Unternehmensrecht vorgehalten wird, wofür derartige dann als „Verleumdung“ zurück und berufen sich sogar auf Katernberg, der die christlichen Gewerkschaften als schlimmer bezeichnet habe, als die freien, während er nur zum Ausdruck brachte, eher mit den freien Gewerkschaften zu verhandeln, als mit den „christlichen“, weil diese überhaupt nicht wissen, was sie eigentlich wollen. Aber trotz der Worte Katernbergs, trotz der „stillosen Entzweiung“ M.-Gladbacher Schaumfänger werden die „christlichen“ Gewerkschaften, vor allen der Gewerkschaft „christlicher“ Bergarbeiter vom Unternehmensrecht aufgekoppelt, während unser Verband (Haupt) verfolgt wird, was am deutlichsten durch die Haltung der fiskalischen Grubenverwaltung in Saarabien zum Ausdruck kommt. Nicht nur, daß den „Königlichen“ Kumpels offiziell der Beitritt zum Gewerkschaften gestattet ist, während die Zugehörigkeit zum Verband noch von einer Reihe Beamten mit Entlassung bestraft wird, traten auch die Beamten offen für den „christlichen“ Gewerkschaft ein. Obersteiger Groß von Deden forderte seine Leute direkt auf, sich dem Gewerkschaft anzuschließen. Ebenso trat Bergwerksdirektor und Inspektionsleiter Giani Friedenthal in öffentlicher Versammlung für den christlichen Gewerkschaft ein, forderte die Bergleute zum Beitritt auf, für den Gewerkschaften sicherlich kein Schreckenswort. Aber noch mehr. Der „Königliche“ Kumpel Beermann von Grube König bei Reilkirchen hat sich für das M.-Gladbacher Christentum herangegeben, ist als jüngster Bruder im Kollegium der Saarpfaffen aufgenommen worden, wozu ihn die Grubenverwaltung beurteilt hat. Germann wird demnächst mit dem „Königlichen“ Kumpel Beermann als „Königliche“ Gewerkschaft in die Grubenverwaltung aufgenommen werden, wozu ihn die Grubenverwaltung beurteilt hat. Die Tatsache, daß die fiskalische Grubenverwaltung in Saarabien Vergleiche beabsichtigt, damit sie als Sekretäre und „Bergarbeiter“ gegen die Grubenverwaltung im Gewerkschaften tätig und angestellt sein können, zeigt das nahe Verwandtschaftsverhältnis dieser „Gewerkschaft“ mit der Grubenverwaltung, zeigt aber auch gleichzeitig, daß die fiskalische Grubenverwaltung diese Gewerkschaft mehr als harmlos und ihr durchaus als ungefährlich hält und auch mit Recht. Ihre ganze Tätigkeit besteht in einer wissentlichen Beschimpfung unseres Verbandes und einiger Personen und dazu mögen die „Königlichen“ Kumpels nur Beiträge steuern, um ab und zu einem Jubiläum, Essert er tritt quantit eine Jahrkarte zu bezahlen, damit sie sich hier unter Aufsicht jeder Hebeschneiderei gründlich satt Sozialdemokratie fressen und dann wieder abdampfen. So haben wir in Saarabien beabsichtigte „Königliche“ Vergleiche, Belegschaftsmitglieder als „christliche“ Gewerkschaftssekretäre und somit einen „Königlichen“ christlichen Bergarbeiterverein.

Die Krise im Bergbau.

Immer rücksichtsloser lassen die Grubenherren die Bergarbeiter jetzt ihre Macht fühlen. Die Behandlung der Arbeiter wird immer schärfer. Dazu stehen Vorkreditorungen, Arbeiterentlassungen und Feuerschichten auf der Tagesordnung. Das ganze Verhalten der Grubenherren bringt die Arbeiter zur höchsten Erbitterung und fast scheint es, als ob ihnen ein Streik nicht ungenügend wäre. Anders läßt sich das Vorgehen der Grubenherren nicht erklären. Auf Zeche Rheinische sind am 15. Dezember die Bedinge und Löhne reduziert worden. Aber das genügt den Herren anscheinend noch nicht, denn am 15. Januar wurden nochmal die Löhne und Bedinge für viele Kameraden gekürzt. Am 14. Januar waren Strafzettel ausgehängt, die über 200 Namen aufwiesen mit Strafen von 0,50-5 Wfr. Auch über die Behandlung wird von den Arbeitern Klage geführt und besonders über Steiger V., der selbst vor Beschimpfungen der Arbeiter nicht zurückschreckt.

Auf Constantin sind auf sämtlichen Schächten im Januar schon 3 Feiertage eingelegt worden. Auch haben wieder Gebingereduzierungen stattgefunden und zwar um 20 Wfr. vom Wagen Kohlen, außerdem kommt das Metzergeld von 8 Wfr. pro Meter in Wegfall. Auf Prosper I wurde am 2. und 20. Januar wegen Mangel an Absatz gefeiert. Den Schichtführern wurde vom 1. Januar ab 10 Wfr. pro Schicht abgezogen. Vom 1. Februar ab werden ihnen noch weitere 10 Wfr. pro Schicht vom Lohn abgezogen. Den Kohlenhauern wurde bis zu 5 Wfr. Metzergeld abgezogen. Auf Prosper II wurde am 16. Januar eine Feiertage eingelegt. Auf Graf Bismarck III, IV hatten einige Kameraden verschiedene kritische Bemerkungen über ihren Steiger gemacht, was von einem Schiefmeister gehört und dem Obersteiger S. wiedergegeben worden war. Dieser gebärdete sich darauf sehr wild, jagte der Kameradschaft, daß es guter Wille vom Steiger sei, wenn er ihnen mitteile, was sie verdienen hätten, und wenn er das nicht wollte, könne er ihnen was schenken. Sie, die Zeche, liege sich jetzt nicht mehr von den Arbeitern auf der Nase tanzen, wie vor einigen Monaten. Die Kameradschaft fragte dann, welches Bedinge sie für den nächsten Monat erhalten solle, worauf ihnen der Obersteiger erwiderte: Euch wird was gesch. Dann fragte er die einzelnen Kameraden, ob sie Lust zum Arbeiten hätten und als ihm gesagt wurde, wir haben wohl Lust zur Arbeit, beanspruchten aber auch einen ordentlichen Lohn, erwiderte er: Danken sie dem Herrgott, daß sie Arbeit und etwas zu fr. haben! Ihr seid hier, um tüchtig zu arbeiten und nichts zu sagen, wenn euch das nicht gefällt, könnt ihr euch zum Teufel scheren, verstanden! So springt man mit den Arbeitern um.

Auf Miendahlshaus gibt es jede Woche eine Feiertage, die Bedinge und Löhne sind im Dezember um 5, im Januar um 5 bis 8 Prozent reduziert worden. Schichtlöhne sind ausgesetzt worden von 2,66, 3,20 und 3,80 Wfr. pro Schicht. Die Behandlung der Arbeiter wird immer rücksichtlos. Bei jeder Gelegenheit heißt es: „Sie können Ihre Papiere holen, Sie werden entlassen, Sie werden bestraft“ usw. Auf Hannover I und II lassen es sich die Beamten ganz besonders angelegen sein, den Arbeitern die Krise so fühlbar wie möglich zu machen. Unter anderem besah ein Ingenieur einem dortigen Tagesarbeiter: „Zeichen Sie mir die Leute feste an, jetzt ist gerade die beste Zeit dazu. Wenn das nicht gefällt, der kann ja gehen“ usw. Außerdem müssen Gauer, die unreine über nicht volle Wagen zu Tage gefördert haben, außer der Strafe sich noch einige Schichten am Tage beschäftigen lassen. Trotz ungeheurer Lohnreduzierungen werden hier immer noch Überfrachten verfahren. Dies geschieht indes in der Weise, daß der Meistersteiger die Leute befristet für Samstag Abend zum Volltag.

Die Zeche Engelsburg hat, wie uns mitgeteilt wird, 30 Mann gekündigt.

Die rigoren die Unternehmer und deren Vertreter vorgehen, zeigen folgende Fälle. Auf Zeche Rote Haase in Sprockhövel, sind am 14. d. Mts. 20 Mann gekündigt worden. Worunter mehrere Familienwäter sein sollen. Zahlreiche Feuerschichten wurden hier eingelegt, so wurde am 16. und 18. Januar gefeiert und die Mittags- und Nachtschicht wurde am 14. Januar, angeblich wegen Mangel an Absatz und Reparatur in der Bricketfabrik, nach Hause geschickt. Auch eine freudige Lebenshaltung, wenn die Arbeiter erst weite Wege zur Zeche gemacht haben, dann wieder nach Hause geschickt werden. Wenn aber der Arbeiter ohne genügenden Grund eine Schicht verläßt, wird er bestraft. Die Hausbrandkosten, die den Arbeitern verabsagt werden, sind ohne Bemühen von Holz nicht zu bekommen. Die Wirtens, welche als Deputatkosten gegeben wurden, sollen zur Hälfte gratis sein, wofür die Arbeiter 5 Wfr., ohne Brand, zu zahlen haben. Zudem fragen die von der Zeche angestellten Fuhrunternehmer nicht danach, ob ein großer Teil der Kohlen beim Verladen zur Erde fällt und liegen bleibt, wodurch den armen Leuten ein erheblicher Nachteil erwächst.

Sehr oft werden Arbeiter aus der Grube über Tage in der Bricketfabrik verlangt, diesen droht man sofort mit der Abkehr, wenn sie sich weigern, neun Stunden zu arbeiten. Lebensgefährlich ist es oben an der Hängebank, wo das Geländer um die Treppe sehr schlecht ist, so daß es uns mündert, daß hier noch kein Unfall entstanden ist. Ob der Maschinensteiger dies noch nicht bemerkt hat?

Auf Zeche Salenwinkel hat man seit längerer Zeit in der Nachtschicht das Holz hereinzuführen abgebrochen. Dieses soll alles in der Fördermaschine mitgeführt werden, wodurch ein stetiger Holzangelang zu verzeichnen ist. Vom 1. Februar ab wird die bisherige Doppelschichtförderung in eine 12stündige Förderungszeit umgewandelt, wodurch die Arbeiter über Tage eine 12stündige Schicht erhalten und hierdurch 40 Mann, welchen die Arbeit gekündigt ist, überflüssig werden. So verkehrt es Stinnes, seinen Profit zu erhöhen.

Auf Zeche Neussen wurde außer allgemeinen Lohnabzügen, am 15. d. Mts. 57 Mann die Arbeit gekündigt. (Auf Schacht Fritz 37 und Schacht Heinrich 20 Mann.)

Vor kurzer Zeit wurden noch ca. 30 Mann vom Ausland angeworbener Leute angelegt. Das schwarze Brett prangt stets mit Straflisten (Schacht Fritz).

Am 10. Januar wurden bestraft wegen Förderung unreiner Kohlen 28 Mann mit 50 Wfr., 18 Mann mit 25 Wfr. Wegen willkürlichen Feiern 8 Mann mit 2 Wfr., 1 Mann mit 1 Wfr.

Am 13. Januar wegen Förderung unreiner Kohlen: 48 Mann mit 50 Wfr., 38 mit 1 Wfr., 8 mit 1,50 Wfr. Wegen willk. Feiern: 4 Mann mit 2 Wfr., 4 mit 2,50 Wfr. — Am 14. Januar 38 Mann mit 1 Wfr., 55 Mann mit 50 Wfr.

Am 15. Januar 3 Mann mit 1,50 Wfr., 3 mit 1 Wfr., 33 mit 0,50 Wfr. und 9 Mann mit 0,25 Wfr. wegen Förderung unreiner Kohlen. Am 16. Januar 3 Mann mit 1,50 Wfr., 33 mit 0,50 Wfr., 13 mit 1 Wfr. und 18 Mann mit 0,25 Wfr. wegen Förderung unreiner Kohlen.

Nach Aussage eines Beamten soll den Leuten deshalb gekündigt worden sein, weil diese von ihrem Gläubigern verklagt wurden zur Zahlung ihrer Schulden und ihnen deshalb der Gehalt gepfändet wird. Auch ein Grund!

Briefkasten.

G. S. Söntrop. Wie können doch solche Sachen nicht bringen. — **G. B. Sanderode.** Der Raum unserer Zeitung reicht nicht aus, Verträge von allen Versammlungen zu bringen. — **B. 238008 Gragebiet** **Bohringen.** Deine Behauptung, daß früher für das gleiche Quantum Erz mehr Gewicht bezahlt wurde wie jetzt, ist so schwerwiegend Natur, daß du uns schon nähere Beweise angeben mußt, bevor wir etwas in die Zeitung bringen können. — **W. 48785 Niedersprockhövel.** Ihre Haase ist nicht im Kohlenhandel. — **Englandreisende.** Wenn wir Euch einen guten Rat geben sollen, dann ist es der: Weibst, wo Ihr seid. In England bekommt Ihr keine Arbeit, am allerwenigsten jetzt. — **Dungenkranker.** Uns zur Zeit nicht bekannt, werden Nachfrage halten lassen. — **H. Offen.** Sagenen wir dem „Zentrumsknappen“ für diesmal sein Geschicksel. Die genialen Gewerkschaftsführer werden schon sehen, wie weit sie mit ihrer Haltung kommen. Ihnen laufen ja nicht nur Mitglieder, nein auch Vertrauensleute weg. Auf das neue Flugblatt des Gewerkschafts antworten wir nicht. Es sind alle Kamellen. — **Nach Gausheim.** Was wir schreiben über die Gewerkschaften in petition im bayerischen Landtag ist und bleibt wahr, wenn der „Zentrumsknappe“ das Gegenteil behauptet, so ändert das nichts. Wir sind das an ihm gewohnt.

Radbod-Sammlung.

Bereits quittiert in Nr. 4.	33760,00 Wfr.
Von J. Meyer, Hamburg	25,80
Sammlung beim Verbandsfest in Wardeberg, durch M. Schäfer	14,80
Wohltätigkeitskonzert des Männer-Gesangvereins Sängerkreis in Mittel-Barmen, d. H. Gentsch	90,50
Gewerkschaftskartell in Delitzsch, d. H. Rube-Berlin	75,76
Rube, Berlin	150,—
einer Sammlung beim Witt Emil Schulze in Berlin, Forsterstraße 17, durch H. Dohms-Rodum	10,—
Knappenevereine in Neu-Sagbrunn, durch W. Max	10,—
Gewerkschaftsvereine in München, durch Jacobson	34,85
Berliner Parteigenossen, durch Böcke	114,00
Summa:	34288,78 Wfr.

Paul Horn, Verbandskassierer.

Verbandsnachrichten.

An die Vertrauensleute.

Da in letzter Zeit von einer Anzahl Vertrauensleute die Mitgliedskarten, welche für das erste Jahr der Mitgliedschaft bestimmt sind, zum Umtausch eingekandt werden, ehe dieselben vollgeklebt sind, so sei wiederholt daran erinnert, daß die Karten für ein ganzes Jahr gelten, und erst dann zum Umtausch eingekandt werden müssen, wenn dieselben vollgeklebt sind. Wir bitten dringend dieses zu beachten, um unnötige Arbeit und Gelbtausgaben zu verhüten.

Ein großer Teil der den Zahlstellen zum Ausfüllen zugesandten Fragebogen zur Jahresstatistik ist noch nicht eingegangen. Ebenfalls stehen von den Zahlstellen außerhalb des Ruhrreviers noch der größte Teil der Fragebogen betreffs der für 1900 gewählten Ortsverwaltungen aus. Wir ersuchen die betreffenden Ortsverwaltungen, ihrer Pflicht nachzukommen und die Fragebogen scheinungstun auszufüllen einzuliefern.

Achtung!

Bezüglich der Doppelversicherung des Allgemeinen Knappchaftsvereins zu Bochum, teilen wir hierdurch mit, daß die Notunterstützung, die wir unsern Mitgliedern im Krankheitsfalle zahlen, nicht anmeldspflichtig ist und braucht daher den Knappchaftskassen nicht abgegeben zu werden. Der Vorstand.

Bezirk Hannover-Deister und Schaumburg-Lippe.

Den Mitgliedern der genannten Bezirke zur Nachsicht, daß der Rechtschutz für unsere Mitglieder ab 1. Januar auf Beschluß des Vorstandes von der Bezirksleitung in Hannover erteilt wird. Alle diesbezüglichen Wünsche sollen also nunmehr unsere Mitglieder im Bezirksbureau in Hannover, Schilderstr. 8 III, entweder mündlich in den unten genannten Sprechstunden vordringen oder brieflich einreichen. Auch können dieselben durch Vermittlung der Bezirksleiter dort anhängig gemacht werden.

Sprechstunden für Rechtschutzsuchende sind täglich von 8-12 Uhr vormittags, außer an den Sprechtagen in Stadttagen und Obernichten, die allmonatlich bekannt gegeben werden. Sonntags ist das Bureau geschlossen.

Die Kameraden von Schaumburg-Lippe wollen die bekannt gegebenen Sprechtage beachten.

Rechtschutzsuchende haben ihr Mitgliedsbuch mitzubringen oder einzuliefern. Der nächste Rechtschutztag in Stadttagen für Monat Januar ist am 28. Januar von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Schaumburger Hof in Stadthagen. Die Bezirksleitung.

Rechtschutz.

Oberhausen. Das Oberhausener Arbeitersekretariat befindet sich Oberhausen, Marktstraße 5 (Wirt Mugg). Ich bitte die Kameraden, deren Sachen erledigt sind, die Akten abzuholen, da dieselben andernfalls vernichtet werden.

Weiter wird dringend ersucht, in allen Fällen mitzutellen, wie Sachen, die hier bearbeitet sind, beendet worden, gleichviel ob günstig oder ungünstig. Wilhelm Krenwald, Sekretär.

Krankengeldauszahlung.

Rantke. In der Wohnung des Kassierers J. Krenowig, Kolontz 152, jeden zweiten Sonntag im Monat, 1-8 Uhr nachmittags.

Zahlhausen I. Das Krankengeld wird jetzt von Joh. Thur, Bezirk IV, Nr. 41 ausbezahlt.

Gelsenkirchen II. Jeden ersten und dritten Sonntag, 10-12 Uhr vormittags, beim zweiten Vertrauensmann H. Ullrich, Rathhauserstr. 44, Krudel. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3-4 Uhr, bei Herrn Caspers in Krudel.

Mülheim-Goltshausen. Vom 1. Februar ab nur noch am Sonntag nach dem 10. eines jeden Monats, von 9 Uhr vormittags ab in der Wohnung des Vertrauensmanns.

Freilendorf. Den krankfeiernden Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Knappchaftskassierer jeden Dienstag und Freitag, von 10^{1/2}-11^{1/2} Uhr, bei Herrn Wein zu sprechen ist.

Bibliothek.

Krudel. Die Ausgabe der Bücher findet jeden Sonntag nachmittags von 1-3 Uhr statt. Wir ersuchen die Mitglieder, die Bibliothek regie in Anspruch nehmen zu wollen.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: **Herne.** Vom 22. Januar bis 20. Februar. **Kiemse.** Vom 8.-16. Februar. **Dampfen III.** Im Monat Februar. **Gork-Nuhr.** Vom 1. Januar bis 15. Februar. **Hils.** Vom 1.-25. Februar.

Kranzpendenmarken.

Berge-Borbeck. Im Monat Februar wird eine Kranzpendenmarke geklebt.

Bönen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die diesmonatliche Zahlstellenversammlung umständlicher ausfällt.

Stapel. Den Mitgliedern diese Kenntnis zur Kenntnis, daß die Zahlstelle I stillos ist. Zahlstelle I ist wesentlich von der Chauffeur, Zahlstelle II stillos der Chauffeur. Für Zahlstelle I ist Robert Schwarz als Vertrauensmann und Paul Haake als Kassierer, für Zahlstelle II stillos, ist Hr. Zur Oden als Vertrauensmann und Hr. Wessely als Kassierer gewählt worden. Alle Mitglieder haben sich bei Krankengeldauszahlung, auch bei sonstigen Verbandsangelegenheiten nach obiger Verteilung zu richten und sich bei obigen Ortsverwaltungsmitgliedern zu melden.

Biddinghausen. Vom 1. Januar ab ist der Zeitungsbote Hugo Wolf berechtigt Marken zu kleben und Beiträge in Empfang zu nehmen.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Königsbühlte und umliegende Zahlstellen. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr. **Vorträge über Arbeiterbewegung und Sozialpolitik.** **Reudorf E. Sch.** Jeden Donnerstag, abends 6 Uhr, im Gemeinschaftshotel. **Schulebach.** Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag. **Unterweilbach.** Jeden letzten Sonnabend im Monat, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Gasthof „Zum Brühl“. **Groß-Möhrener.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gemeinschaftshaus, Haberstraße. **Hombach.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Friederich. **Höppingen.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Dornel. **Marlesheim.** Jeden Sonntag nach dem Jahrtag, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Volz in Waalkirchen: Zahlung der Beiträge.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

Buerbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof in Buerbach. **Bredensfeld.** Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wienand. **Gerdesbath.** Abends 7 Uhr, Restaurant „Anselm“. **Prose.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum schwarzen Bar“. **Schebewitz.** Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schiedwiger Konsumvereins. **Spittel.** Nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Emil Weingartner. **Wiesan.** Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Arno Leifner. **Zwidan.** Abends 7 Uhr, im „Fräuleinshöfen“.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

Kagen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schmig, Promenadenstraße 20. **Mt.-Bühl.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhmi (Brauerei). **Ungerhoff.** Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Bote. **Wefeln.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Heinen, „Föhgerhof“. **Berge-Borbeck.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Pcus, Brauhstraße 44. **Bergeshausen-Mittelsfeld.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hasberg, Mittelsfeld. **Bergshofen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Godel. **Bittermar.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn J. Leese. **Bochum IV (Waldend).** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heintich Schlichter, „Zum Grubenlicht“, Hofstraße 17. **Bradel.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Franzen. **Brettenhain.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Brettenhain. **Bräunungshausen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bernh. Kroll. **Bülte.** Nachmittags 3 Uhr (Vortragsabend fehlt). **Zahlhausen I.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Steinflüher. **Zahlhausen-Östertshof.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schüttler. **Delwig.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Tjebbsbärg in Vorbeck, Niederstraße 100. **Deuten.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Wille. **Eude.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Eickmann, Auf den Wäthen. **Essen (Ruh).** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn van de Dor, Schlegelstraße. **Ewing II.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Frazze (früher Demuth). **Ewing I.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Frazze (früher Demuth). **Gelsenkirchen V (Weiß-Lösung).** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Edward Schäfer, Vulkanstr. 98. **Hamm-Moed.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stinnes in Bochum. **Sachsenh.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Witwe Kallbaum. **Hattingen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Steffen, Feggerstraße. **Herbede.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Hälteband. **Hiddinghausen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn H. Peters: Steuertag. **Höfthen II.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Sprawe. **Höfthen I.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kattendorf in Wimalunghausen. **Holtshausen-Mülheim.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Brunz in Hülten. **Köthen-Wennigsen.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Kolath. **Krab.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wönninghoff. **Zangendreer I.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Sprecht. **Zangendreer II (Hölz).** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Brantkaß. **Saer.** Nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Rintling (früher Hahnfeld). **Vortrag.** Referent zur Stelle.

Minden (Ruh). Nachmittags 5 Uhr, beim Kameraden Jul. Schwindt, Kreuzstr. 1. **Mülheim.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Häber, Wellinghofstraße. **Rünen-Rod.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Rabebrand. **Neub.-Wassfeld.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn H. Böhning in Wallhausen. **Neub.-Wenigern.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Sach. **Neupodehshan.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neupodehshan. **Niedlau.** Abends 8 Uhr, im Gasthof „Föhlingshöfen“. **Reichau.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Simon. **Reute.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Adam Schmidt (früher Witwe Lindan) in Höffede, Poststr. 23. — Vortrag. Referent zur Stelle.

Rothenbach. Im Lokale des Herrn Adolf Brandner, „Verkehrstreffpunkt“. **Hiddinghausen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Hüffel. **Schanze.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Thewes in Schanze. **Schnaubeckshagen.** (Zeitungabend fehlt). Im Gasthof „Zum Warburg“. **Schnaubeckshagen.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn E. Köhn. **Schonebeck I.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Koster (fr. Hof) in Krab. **Schwarzeheide.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emde, Düberrstraße. **Selm.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fröh. Hühnau. **Sieele.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Spiek. **Stoppenberg II.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Niermann, Nordstraße. **Thrana.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn P. Fischer. **Wengern.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kufemann. **Werdern.** Vormittags 11 Uhr, im Gemeinschaftshaus. **Wesphalende.** Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Gottl. Vollmeier. **Widrich.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Engemann. **Wiede.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Sommer.

Sonntag, den 31. Januar 1900:

Carnap. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Schröter, Königstr. — Vortragsabend. **Habinghorst.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Dietrich Kaybäner. **Vortrag.** Referent zur Stelle. **Schönebeck.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Detering, Seifen- u. Ringstr. — Vortrag. Referent zur Stelle.

